

Sand im Getriebe macht Pause

Die deutsche Ausgabe des internationalen Rundbriefs "Sand im Getriebe" macht Pause. Wir arbeiten an der Rückkehr dieses Newsletters! Inzwischen möchten wir Sie besonders auf die anderssprachigen Ausgaben aufmerksam machen und natürlich auch auf die nationalen und regionalen attac Seiten mit weiteren interessanten Informationen.

Das Sand im Getriebe - Team

Sand im Getriebe Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung Ausgabe 12/2002 (2. September 2002) eMail: sand.im.getriebe@attac.org

> Zum Eintragen: Um den wöchentlichen Newsletter "Sand im Getriebe" zu abonnieren, schickt eine eMail mit dem Inhalt: subscribe sandimgetriebe an: Majordomo@listi.jpberlin.de

> Zum Austragen: Falls Ihr "Sand im Getriebe" in Zukunft nicht mehr bekommen wollt, schickt eine eMail mit dem Inhalt: unsubscribe sandimgetriebe an: Majordomo@listi.jpberlin.de

> Sand im Getriebe bekannter machen Zur Zeit haben 6.374 Menschen diesen Rundbrief abonniert. Helfen Sie uns "Sand im Getriebe" bekannter zu machen! Schicken Sie interessierten FreundInnen und Bekannten das Inhaltsverzeichnis dieser Ausgabe und dem Hinweis zum Abonnieren.

> Selbstverständnis Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

> Vorübergehendes Aussetzen des Sand im Getriebe

Liebe LeserInnen und Leser!

Wir müssen Euch leider mitteilen, dass wir bis auf weiteres den Sand im Getriebe nicht mehr zusenden können. Attac ist in besonderem Maße auf ehrenamtliche Mitarbeit angewiesen, die im Moment für die Redaktion nicht sichergestellt werden kann. Im Anhang findet Ihr daher die vorläufig letzte Ausgabe. Wir hoffen auf Euer Verständnis und auf eine baldige Rückkehr des Sand im Getriebe!

Mit besten Grüßen,

Felix Kolb (attac Deutschland) und Markus Schallhas (attac Österreich)

> Richtigstellung zur Ausgabe 11/02

Stellungnahme von ATTAC Österreich zum GATS

Dr. Josef Mayer und Mag. Helge Plank sind nicht die Autoren der Stellungnahme, sondern Österreichs GATS-Chefverhandler.

Vom GATS Betroffene können bei ihnen höflich vorsprechen:

Dr. Josef Mayer: josef.mayer@bmwa.gv.at

Tel.: 01/ 711 00 - 5539, Fax: 01 / 715 96 51

Mag. Helge Plank: helge.plank@bmwa.gv.at

Tel.: 01/711 00 - 6915, Fax: 01 / 718 05 08

>Der Inhalt

>1. WTO, GATS. In Frankreich und in Europa sind unsere öffentlichen Dienste nicht zu verkaufen! Vom GATS-Kollektiv /Öffentliche Dienste

Laßt uns zusammenkommen, um demokratische, leistungsfähige und solidarische öffentliche Dienste aufzubauen.

>2. Tobin Steuer: Kann sie funktionieren? Helmut Reisen (OECD Entwicklungszentrum).

Eine Steuer auf internationale Währungstransaktionen würde wahrscheinlich nicht die Entwicklungsziele erfüllen, selbst wenn sie durchführbar wäre.

>3. Die Machbarkeit der Tobinsteuer. Die globalen Steuern. Von Dominique Plihon.

Auszug aus dem Beitrag von Dominique Plihon anlässlich des von Attac France organisierten Seminars "Die globalen Steuern und die Finanzierung der Entwicklung" (17. Mai 2002). Die Ziele der Besteuerung. Steuern haben drei Ziele:

>4. Labor's Enron

Gewerkschaftsbosse profitierten von zweifelhaftem Aktiendeal. Von Jane Slaughter.

Es heißt "kein Kommentar" in ganz Washington in diesen Tagen, wenn Gewerkschaftsvorsitzende sich überlegen, ob es am Ende vielleicht doch nicht so eine Superidee war, sich selbst als Vorstandsmitglieder von Firmen zu bereichern.

Reporter von "Business Week " und "Wall Street Journal" (WSJ) brachten die Story über mehrere Gewerkschaftsvorsitzende, die im Vorstand der ULLICO, einem Versicherungs- und Finanzdienstleister, sechsstellige Dollarbeträge verdienten, indem sie Insiderwissen über anstehende Änderungen im Aktienpreis der Firma nutzten.

>5. Mais genetisch verunreinigt in Mexiko. Laune der "Natur" oder Panne der Institutionen. Umriss der Rollen und Verantwortungen für genetische Verunreinigungen des Mais in Mexiko

Ein Bericht von Global Exchange. 25. April 2002.

Forscher der Universität von Kalifornien in Berkeley entdeckten in Mexiko heimische Maissorten genetisch veränderte DNA (Nature, November 2001). Das mexikanische nationale Umweltinstitut (INE) und die nationale Biodiversitätskommission (CONABIO) bestätigten später die genetische Verunreinigung heimischer Sorten in einem am 23. Januar 2002 herausgegebenen Bericht und berichteten, dass ihre folgenden Untersuchungen in 95% der durchgeführten Tests zu 35% verunreinigten Mais enthielten

>6. Saaten der Unzufriedenheit

Von Meena Menon und Nityanand Jayaraman. CorpWatch Indien.

GMO-Feldversuche in Indien. Der Plan ist unheimlich ähnlich. Verzweifelte Bauern, schädlingsbefallene Felder, ein Markt mit endloser Nachfrage, der denen, die liefern können Reichtümer verspricht, und eine magische Technik, die alle Übel zu heilen verspricht. Vor weniger als einem halben Jahrhundert war die Grüne Revolution das Allheilmittel. Jetzt ist es die Gen-Revolution. Gen oder Grün, die Anbieter der Revolution sind die gleichen - multinationale Chemiefirmen wie Monsanto und Novartis.

> 7. Die Multinationalen Firmen stürmen das Privatleben. Von Marc Laimé

Die Vermarktung unserer Intimität droht im 21. Jahrhundert zur Frontlinie des Wirtschafts-krieges zwischen den entwickelten Ländern zu werden. Der Aufschwung der neuen Techno-logien hat die Organisation und die Arbeitsweise der Firmen quer durch die Branchen veränd-ert. Die Aneignung persönlicher Daten von Millionen von Menschen hat weltweit bisher unbekannt Proportionen angenommen.

>8. Stoppt McDonald's!!

Autoren: die Woronesch-Koalition

Seit über zwei Wochen [der Artikel datiert vom April 2002] wird im historischen Zentrum von Woronesch (West-Russland) gegen den Bau einer McDonald's-Filiale demonstriert. Bürger der Stadt nehmen zusammen mit den Vertretern ökologischer, politischer und sozialer Organisationen an diesen Aktionen teil. Das McDonald's soll auf dem Gelände des einzigen Parks der Innenstadt erbaut werden.

>1. WTO, GATS. In Frankreich und in Europa sind unsere öffentlichen Dienste nicht zu verkaufen!

Vom GATS-Kollektiv /Öffentliche Dienste

Übersetzung: Katharina Stadler, Angelika Groos. Freiwillige ÜbersetzerInnen coorditrad@attac.org (*)

Laßt uns zusammenkommen, um demokratische, leistungsfähige und solidarische öffentliche Dienste aufzubauen.

Hinweis :

- WTO : World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
- GATS : General Agreement on Trade in Services (Allgemeines

Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen)

WARUM DIESER AUFRUF ?

Die öffentlichen Dienste - Trinkwasserversorgung, Abwasserklärung, Müllabfuhr und Abfallverwertung, Elektrizität, Verkehrsbetriebe, Gasversorgung, das Gesundheits- und Bildungswesen, Nachbarschaftshilfe (individuelle Fürsorgedienstleistungen, Kinderkrippen .), Sicherheit, Telekommunikation, Postzustellung . - sind ein unverzichtbarer Bestandteil für die Sicherstellung der Grundrechte der Menschen und sind Instrumente für den wirtschaftlichen, sozialen und landesweiten Zusammenhalt. Weil sie für das Wohlergehen der Bewohner und aufgrund ihrer Organisationsweise unbedingt erforderlich sind, können sie auch Quelle beachtlicher Gewinne sein; kolossale Summen sind im Spiel.

Für ihre Definition und ihre Organisationsweise ist die Rolle, die die Behörden auf allen Regierungsebenen eines Landes spielen, entscheidend.

Unter öffentlichen Diensten versteht man Güter und Dienstleistungen, die, nach der Überzeugung der Gesellschaft, nicht den Marktgesetzen unterstellt werden dürfen, weil ihr Zugang allen offenstehen muss. Sie beruhen auf den Prinzipien der Solidarität und der gemeinsamen Nutzung der Güter und Ressourcen. Ihr Fundament bilden der gleichberechtigte Zugang für alle zu den öffentlichen Diensten, ihre Anpassungsfähigkeit, ihre Versorgungskontinuität und, heute, das Vorsichtsprinzip.

Wichtig für die Gesellschaft, Gegenstand von Streitigkeiten, sind sie auch das Resultat von sozialen und politischen Kräften der Gesellschaft zu einem gegebenen Zeitpunkt.

Die von den Regierungen seit 20 Jahren vorangetriebene Privatisierung der öffentlichen Dienste, im Kontext einer - je nach Dienstleistungssektor mehr oder weniger ins Gewicht fallenden - technologischen Entwicklung und der Finanzialisierung und Globalisierung der Wirtschaft, liefert sie den Kräften des Marktes aus, so dass sogar der Grund ihres Vorhandenseins und ihre rahmengebenden Regulierungen in Frage gestellt sind.

Dringlichkeit ist angesagt, der Privatisierungsprozess geht im Netz der Dienstleistungssektoren weiter. Gesundheits- und Bildungswesen sind ebenfalls von diesem Prozess erfasst. Die derzeit geführte Politik ist die Folge von Entscheidungen, die die Regierungen im Rahmen europäischer und internationaler Instanzen getroffen haben. Eine weitere wichtige Etappe eröffnen die Verhandlungen zu dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Rahmen der WTO. Die Europäische Kommission wird die Verhandlungen im Namen aller Länder der Europäischen Union führen.

Für all diejenigen, die die Dominierung durch das Geld nicht akzeptieren und eine solidarischere und brüderlichere Welt wollen, werden die Vermeidung erneuter Privatisierungen, die Neuschaffung der öffentlichen Dienste und die Neubestimmung von Rahmenvorschriften für Dienste im Interesse der Allgemeinheit die vordringlichsten Aufgaben sein.

Heute kann das Thema, angesichts der neoliberalen Kräfte und der Interessen der großen Finanzkonzerne, die die Privatisierung beschleunigen wollen, um sich neue Märkte zu erschliessen, wegen der Zersplitterung der assoziativen und gewerkschaftlichen Kräfte weder richtig eingegrenzt werden, noch können ausreichende Vorschläge gemacht werden oder ein zur ihrer Durchsetzung erforderliches Kräfteverhältnis geschaffen werden.

Wozu sind öffentliche Dienste da?

Unter öffentlichen Diensten versteht man das Erbringen von Gütern und Dienstleistungen, die für das tägliche Leben sowie für die Ausübung der Grundrechte der Menschen nötig sind. Diese Dienste können entweder direkt durch die öffentliche Hand erbracht werden (Verwaltung des Regierungsapparats und der Gebietskörperschaften) oder durch öffentliche (Post, Eisenbahn . . .), private oder halböffentliche Betriebe.

Die Aufgaben des öffentlichen Dienstes werden vom Gesetzgeber festgelegt, und die Art und Weise, wie der Dienst oder das Gut erbracht werden soll (Art des Versorgungsbetriebes, Umsetzung der Aufgaben), wird jeweils auf der entsprechenden Staatsebene (Bund, Länder, Gemeinden und Regionen) bestimmt.

Die öffentlichen Dienste garantieren allen Staatsbürgern die Ausübung ihrer Grundrechte, überall, ohne Diskriminierung und in gleicher Weise für alle, durch den Zugang zu bestimmten Gütern und Dienstleistungen (Energie, ärztliche Behandlung, Kommunikation, Verkehrsmittel, Bildung, Gesundheit). Die öffentlichen Dienste tragen zum landesweiten wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt bei. Durch sie können als lebenswichtig betrachtete Güter und Dienstleistungen dem Streben nach Profit entzogen werden. Einige gehören dem Handelssektor an (Elektrizität usw.), andere aber ganz offenkundig nicht (Zivilstand usw.) Zwischen beiden sind sämtliche Abstufungen möglich. Es ist schwierig, von vornherein eine endgültige Liste sämtlicher öffentlicher Dienste aufzustellen, die als außerhalb des Wirtschaftsbereichs stehend angesehen werden müssen.

Ausserdem sind die öffentlichen Dienste ein Mittel, das die Regierungsgewalt zur Marktregulierung einsetzen kann, um eine Politik im öffentlichen Interesse zu führen (Energiepolitik, Umweltschutz) und um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern. Öffentliche Dienste existieren in unterschiedlicher Form und unter verschiedenen Bezeichnungen auf dem gesamten Gebiet der Europäischen Union. Doch ihre Zielsetzungen sind dieselben, und die europäischen Instanzen haben sie als "gemeinsame Werte" der Europäischen Union anerkannt.

Genauso wie sie zum wirtschaftlichen, sozialen und landesweiten Zusammenhalt der verschiedenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und zum nationalen Selbstverständnis beigetragen haben, sollen die öffentlichen Dienste das Mittel zum Aufbau eines Europa sein, das sich nicht bloss als eine Freihandelszone versteht und das eine zwischen der Nation und der Welt liegende europäische Staatsbürgerschaft entstehen läßt. Ohne öffentliche Dienste ist Demokratie nicht möglich.

Seit einigen Jahren wird das französische Modell öffentlicher Dienste durch den Aufbau Europas und durch internationale Verhandlungen, insbesondere durch das GATS-Dienstleistungsabkommen, in Frage gestellt.

Öffentliche Dienste auf europäischer Ebene?

Alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kennen öffentliche Dienste, oder Dienste im öffentlichen Interesse, und die von ihnen abgedeckten Bereiche sind überall dieselben: Wasser, Energie, Post, Verkehrsmittel usw. Obwohl es eine Vielfalt staatlicher Modelle gibt (in Frankreich etwa verwaltet ein einziger Staatsbetrieb, EDF, die Energieversorgung, während sie in Deutschland auf lokaler und regionaler Ebene von über 1000 Betrieben übernommen wird), arbeiten alle nach anderen Regeln als dem Grundsatz des Wettbewerbs. Das Abkommen von Amsterdam hat die öffentlichen Dienste als "gemeinsame Werte" der Gemeinschaft anerkannt (Art. 16).

Überall beruhen öffentliche Dienste auf geographischer Solidarität und der Solidarität zwischen den Generationen und spielen für den wirtschaftlichen, sozialen und landesweiten Zusammenhalt eine ausschlaggebende Rolle. Sie sind Teil des europäischen Gesellschaftsmodells.

Dienste im öffentlichen Interesse, überall und für alle, sind daher unerlässlich, auch auf europäischer Ebene. Hier könnte man an ein via Satellit funktionierendes Ortungssystem (Galileo) - um nicht vom amerikanischen GPS-System abhängig zu sein - denken, sowie an die Eisenbahnverladung, die Schiffsverkehrssicherung, den Lebensmittelschutz oder die Luftraumüberwachung. Warum sollte es keinen einheitlichen Briefmarkentarif geben, durch den sich eine Benachteiligung abgelegener oder geographisch schwer erreichbarer Zonen vermeiden ließe?

Das GATS, eine teuflische Logik !

Das GATS gehört zu den Abkommen, die 1994 die Welthandelsorganisation (WTO) mitbegründet haben. Dabei handelt es sich um einen Rahmenvertrag, der allgemeingültige Grundsätze festlegen will, die bei Handelsvereinbarungen im Dienstleistungssektor massgeblich sein sollen. Sein Ziel ist das schrittweise Erreichen eines höchstmöglichen Grades an Privatisierung sämtlicher öffentlicher Dienste, ohne dabei zu bestimmen, welche Dienstleistungssektoren zur Privatisierung freigegeben werden sollten: diese Aufgabe bleibt den einzelnen Staaten vorbehalten.

Wo gibt es denn öffentliche Dienste?

Zwei Mittel werden eingesetzt, um einen Überblick über die Gesamtheit der öffentlichen Dienste zu haben. Einerseits gibt das Abkommen eine äußerst breite Definition dessen, was unter öffentlichen Diensten zu verstehen ist: es betrifft die Dienstleistungen sämtlicher Sektoren, mit Ausnahme derjenigen, die durch die Regierungsmacht erbracht werden. Anders gesagt, alle nicht-kommerziellen Dienstleistungen oder solche, bei denen ein Dienstleistungsanbieter keine Konkurrenz seitens anderer Anbieter hat. In Frankreich trifft diese Definition auf den Hauptteil der öffentlichen Dienste zu! Andererseits definiert das Abkommen die Dienstleistungen durch eine "Erbringungsmodi" genannte Unterscheidung von Formen, in denen Dienstleistungen international ausgetauscht werden.

Modus 1, der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr: Von einem Land ausgehend überschreitet der Dienst die Grenze, um in einem anderen Land benutzt zu werden (Sendung eines TV-Programms via Satellit);

Modus 2, der Verbrauch im Ausland: der Verbraucher überschreitet die Grenze (der Tourist, der im Ausland in einem Hotel absteigt);

Modus 3, die Niederlassung: Der Dienstleistungsanbieter überschreitet rechtlich die Grenze, um in einem fremden Staat zu investieren und dort einen Standort zu errichten (Bankniederlassung);

Modus 4, zeitweise Grenzüberschreitung natürlicher Personen: Der Dienstleistungserbringer überschreitet die Grenze, aber diesmal in Form einer zeitlich beschränkten, körperlichen Umsiedlung einer Person.

Diese Unterscheidungen umfassen sämtliche Dienstleistungssektoren mit Ausnahme des Militär- und Gerichtswesens. Auf den öffentlichen Dienst oder den Dienst im öffentlichen Interesse wird mit keinem Wort eingegangen, seine Eigentümlichkeit ist weder erwähnt noch anerkannt.

Lasst uns darüber klar werden, welches Spiel hier gespielt wird

Im GATS-Dienstleistungsabkommen stehen die "Hauptspielregeln" des internationalen Handels und der Nicht-Diskriminierung.

Die Meistbegünstigungsklausel setzt fest, dass ein einem Mitgliedstaat gewährter Vorteil auch von jedem anderen Mitgliedstaat gefordert werden kann. Sie ist für alle Dienstleistungssektoren gültig. Die nationale Gleichbehandlungsklausel besagt, dass alle einem Dienstleistungserbringer eines Mitgliedstaates gewährten Vorteile, Hilfen oder Förderungen auch allen Dienstleistungserbringern der anderen Mitgliedstaaten gewährt werden müssen.

Der Marktzugang zählt genau auf, welche Beschränkungen für Personal oder für Kapitalbeteiligungen bestehen, unter Offenlegung des wirtschaftlichen Bedarfs, der Anzahl von Dienstleistungsvorgängen oder der Gesamtmenge der erbrachten Leistungen. Diese beiden letztgenannten Klauseln gelten nur für die Sektoren, für die sich die Mitgliedstaaten verpflichtet haben.

Freiwillige Verpflichtungen . ohne Gegenleistung!

Die Mitgliedstaaten legen fest, welche Sektoren privatisiert werden können. Diese "Markttöffnung" erfolgt durch die gegenseitige Vergabe von Lizenzen. Um in das Abkommen aufgenommen zu werden, müssen die Lizenzen deutlich erwähnt sein; sie betreffen den Marktzugang und die nationale Gleichbehandlung und werden den einzelnen Erbringungsmodi entsprechend vorgebracht. Zum Beispiel hat die Europäische Union das Bildungswesen zur Privatisierung vorgeschlagen: die Sektoren Grundschule, Oberstufe und Hochschule nach den Modi 1, 2 und 3 mit der Bedingung der Staatsangehörigkeit was den Modus 1 betrifft, den Sektor Erwachsenenbildung nach den Modi 1, 2 und 3 ohne Einschränkungen. Anderes Beispiel: ungefähr sechzig Mitglieder haben zu dem 1997 geschlossenen Grundsatzabkommen über das Telekommunikationswesen Zusatzverpflichtungen unterzeichnet, in denen sie die Bedingungen festschreiben, unter denen die Privatisierung des Sektors vorgenommen werden soll - unabhängige Regulierungsbehörde, allgemeinverständliche Tarifordnung und ein nicht-diskriminatorischer Zugang zum Netz usw. Jede Ausnahme oder Einschränkung muss grundsätzlich alle fünf Jahre neu überprüft werden, Ausnahmen von der Meistbegünstigungsklausel dürfen höchstens zehn Jahre dauern. So wird nach dem Wortlaut des Abkommens die berühmte "französische Ausnahme" im audiovisuellen Bereich neu verhandelt werden müssen. Diese Neuüberprüfung setzt natürlich voraus, dass die Mitgliedsstaaten "Zugeständnisse" machen sollen, um eine vollständige Privatisierung zu erreichen. Ausserdem bestimmt die WTO zum Revisionszeitpunkt, ob die Bedingungen, die die Einschränkungen rechtfertigten, noch immer gültig sind! Für die Dienstleistungen, wie für die anderen Sektoren, erlässt die Welthandelsorganisation die Gesetze, kontrolliert die Staaten, schlichtet Streitigkeiten und legt Sanktionen fest. Wo die WTO im Spiel ist, haben die öffentlichen Dienste verspielt.

Nie falsch liegen, wie soll das möglich sein?

Auch überlässt das GATS nichts dem Zufall. Die Subventionen "können eine Wettbewerbsverzerrung herbeiführen" und müssen also gegebenenfalls gestrichen werden. Genauso dürfen Gesetze und Gesetzesvorschriften keinesfalls den Handel beschränken. Eine Arbeitsgruppe ist damit beauftragt, nationale Gesetzgebungen der Mitgliedsstaaten daraufhin zu untersuchen, ob eine Regelung nicht "striker ist als für die Gewährleistung der Dienstleistungsqualität notwendig". Diese Notwendigkeit wird nirgends definiert, die WTO entscheidet selbstherrlich aufgrund ihrer eigenen Vorstellungen, ohne sich mit anderen Vorstellungen auseinandersetzen zu müssen.

Zuletzt gestattet Artikel XXIII-3 über die "Klage im Fall einer Nicht-Verletzung" einem Dienstleistungsanbieter, der sich durch eine mit dem Abkommen durchaus übereinstimmende Vorschrift geschädigt fühlt, vor Gericht zu klagen und Entschädigungen oder sogar den Rückzug der Vorschrift durchzusetzen. Das letzte Wort hat das WTO-Streitbeilegungsorgan, eine hinter verschlossenen Türen und ohne Anhörung einer Gegenpartei tagende Schlichtungsstelle, die niemandem Rechenschaft ablegt und die über die Gültigkeit der betroffenen Vorschriften urteilt.

WTO : Doha läßt die öffentlichen Dienste außer Acht

Die fünfte WTO-Ministerkonferenz hat vom 9. bis 14. Dezember 2001 in Doha (Qatar) stattgefunden, zwei Jahre nach dem Fehlschlag des Gipfeltreffens von Seattle. Nach einem zähen Machtkampf zwischen den verschiedenen Verhandlungsteilnehmern wurde eine Schlusserklärung verabschiedet, die einen neuen "Entwicklungszyklus" in Gang bringen sollte. Eine Entwicklung ohne öffentliche Dienste!

Tatsächlich hat die Erklärung die Fortsetzung der Verhandlungen, wie sie seit 1994 in Genf geführt werden, für gültig erklärt.

Das Abkommen hat weder Änderungen erfahren, um die Anerkennung der öffentlichen Dienste einzubeziehen, noch um von seinen Grundsätzen die "gemeinsamen Güter der Menschheit" auszuschließen. Diese Feststellung soll jedoch nicht als Kompromiss missverstanden werden: die Fortsetzung der Genfer Verhandlungen muss zur Anerkennung der öffentlichen Dienste führen. Die Europäische Union, die im Namen der Mitgliedstaaten verhandelt, muss die Dienste im öffentlichen Interesse bestimmen und die WTO dazu bringen, sie anzuerkennen. Dies ist die Voraussetzung für eine wahrhaftige und, wie die Nobelpreisträgerin für Wirtschaft, Amyarta Sen, sagt, als ein "Expansionsprozess tatsächlich von den Menschen ausgeübter Freiheiten" verstandene Entwicklung.

Welche Vorschläge ?

Auf WTO-Ebene und auf der Stufe der weltweiten Organisationen

Die öffentlichen Dienste (oder Dienste im öffentlichen Interesse) müssen als Mittel anerkannt werden, durch das jeder Mensch seine Grundrechte ausüben kann. Folglich können sie weder dem Streben nach Profit unterstellt werden noch Gegenstand von Warenhandel sein.

Die WTO und die internationalen Finanzinstitute (IWF, Weltbank .) müssen zur Beachtung der Allgemeinen Menschenrechtserklärung verpflichtet und in das System der Vereinten Nationen einbezogen werden. Die öffentlichen Dienste können Gegenstand eines Austauschs zwischen öffentlichen Körperschaften auf den verschiedenen Landes- und Regierungsebenen sein. Dieser Austausch kann Gegenstand einer finanziellen Entschädigung sein. Die Bedingungen für einen Austausch müssen nicht nur von den Staaten, sondern auch von den Staatsbürgern und den Gebietsansässigen und ihren Organisationen besprochen werden, damit sie nicht der Garantien enteignet werden, die die öffentlichen Dienste erbringen müssen, um die Ausübung ihrer Grundrechte sicherzustellen.

Gewisse lebenswichtige Güter wie Wasser, Luft, . müssen auf internationaler Ebene zu öffentlichen Gütern ("gemeinsame Güter der Menschheit") erklärt werden und als solche unter Aufsicht der internationalen Institutionen und der die Staatsbürger vertretenden Organisationen (NGO .) verwaltet werden.

Auf europäischer Ebene

Das Mandat der Europäischen Union, die im Namen sämtlicher Mitgliedsstaaten verhandelt, muss geklärt werden. Dieses Mandat muss sich auf eine klare Vorstellung eines europäischen Dienstes im öffentlichen Interesse (oder europäische öffentliche Dienste) stützen. Dieser muss auf folgenden Grundsätzen beruhen:

- Gleicher Zugang für alle in Europa Ansässigen auf dem gesamten Gebiet
- Versorgungskontinuität der öffentlichen Dienste
- Strukturanpassung, um der Entwicklung der Bedürfnisse der Bevölkerung Rechnung zu tragen
- Transparenz bei der Festsetzung von Zielen und Aufgaben der öffentlichen Dienste und in ihrer Verwaltung

- Pluralistische und öffentliche Beurteilung unter Berücksichtigung verschiedener Vorschläge, gegebenenfalls unter Einbezug von Gutachten Dritter

Es liegt an uns, diese Kampagne mit Leben zu erfüllen. Die Art der gemachten Vorschläge erlaubt es, am Aufbau einer gerechteren und solidarischeren Gesellschaft mitzuwirken, die dem Bedürfnis nach einer zukunftsfähigen Entwicklung entgegenkommt. In der Tat ist es undenkbar, dass unsere Zukunft, der Betrieb von Unternehmen und die für die Gemeinschaft lebenswichtigen Tätigkeiten über die Köpfe ihrer Angestellten, Staatsbürger und Benutzer hinweg entschieden werden.

Es ist an der Zeit, sie öffentlich zur Diskussion zu stellen, es ist möglich, sie zu einem guten Abschluss zu bringen. Daher wenden wir unseren Aufruf an alle, denen diese Fragen am Herzen liegen, Vereinigungen und Verbände, Gewerkschaften, lokale, nationale und europäische Abgeordnete. Es liegt an uns allen, bei den zukünftigen staatsbürgerlichen Treffen, in den Debatten während und ausserhalb der Wahlperioden, bei den schon jetzt in Vorbereitung stehenden sozialen Mobilisierungen, und nicht zuletzt an den großen internationalen Begegnungen diese Kampagne mit Leben zu erfüllen. Denn unsere Wahl, solidarisch zu sein, reagiert auf das Engagement all derer, die überall auf der Welt am Aufbau von demokratischen Alternativen zur Liberalisierungspolitik arbeiten.

GATS-Kollektiv /Öffentliche Dienste

Mitglieder des Kollektivs: Association pour la démocratie et l'éducation locale et sociale, AILES, AITEC, ATTAC, CGT, Confédération syndicale des familles, Droit-Solidarité (AIJD), Emmaüs International, FAADDHED, FAFRAD, Fédération CGT des services publics, Fédération AEFTI, Frauen der Erde, Feyka-Kurdistan, Migranten-Forum der Europäischen Gemeinschaft, France Libertés, FSU, GAS (Groupe d'Accueil et Solidarité), Groupe d'Appui France, Liga für Menschenrechte, LASAIRE, Europäische Märsche gegen die Arbeitslosigkeit, Neue Menschenrechte, Für die Öffentlichen Dienste, Netzwerk Öffentliche Dienste, SNUI, SUD PTT

Kontaktadresse für diesen Artikel : Réseau Services Publics/AITEC - 21 ter, rue

Voltaire 75011 Paris Tel: 01 43 71 22 22 Fax: 01 44 64 74 55

Email : aitec@globenet.org

>2 Tobin Steuer: Kann sie funktionieren?

Helmut Reisen (OECD Entwicklungszentrum)

Übersetzung: Bernt Lampe. Freiwillige ÜbersetzerInnen coorditrad@attac.org (*)

Eine Steuer auf internationale Währungstransaktionen würde wahrscheinlich nicht die Entwicklungsziele erfüllen, selbst wenn sie durchführbar wäre.

Wenn heutzutage Entwicklungsfinanzierung diskutiert wird, lässt sich kaum vermeiden, die Tobin-Steuer zu erwähnen. Im Allgemeinen fragt man danach, ob es machbar, gar wünschenswert ist, eine Steuer auf den globalen Kapitalfluss zu erheben, um Entwicklung zu finanzieren. Das Thema kam auch zur Diskussion bei der UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey (Mexiko) im März 2002, wo sich Staatsoberhäupter und die wichtigsten internationalen Institutionen trafen, um Wege zur Minderung von Armut zu diskutieren.

Dass der ursprüngliche Zweck der Steuer nicht Entwicklung war, ist unerheblich; doch ist zu bemerken, dass die Steuer 1972 von dem Wirtschaftler James Tobin vorgeschlagen wurde, um Sand ins Getriebe internationaler Finanzen zu streuen und dadurch die Empfindlichkeit des Marktes zu bekämpfen. Im Grunde geht es darum

Transaktionen des Währungshandels zu besteuern. Was die Attraktion für einige Regierungen und NROs erklärt, ist, dass selbst ein geringer Steuersatz erhoben auf so große Beträge wie den Markt von Fremdwährungen wenigstens theoretisch erhebliche Einkünfte bringen würde, mit denen "globale öffentliche Güter" wie Umwelt, Gesundheitsprogramme, Armutsminderung usw. finanziert werden könnten. Mit Schätzungen zwischen US\$ 50-250 Mia. jährlich wurde gelockt, bei der Annahme von Steuersätzen zwischen 0,05% und 0,25%. (Um das in Relation zu setzen: die offizielle Hilfe der 21 OECD-Länder, die das Komitee der Entwicklungsunterstützung (Development Assistance Committee) bilden, belief sich im Jahr 2000 auf \$53,7 Mia.)

Aber wie realistisch sind solche Zahlen? Ein Blick auf die Struktur des Währungsmarktes deutet darauf hin, dass sie wahrscheinlich übertrieben sind. Für den Währungsmarkt ist charakteristisch, dass vieles innerhalb eines Tages hin- und hergehandelt wird, eine Erscheinung, die wahrscheinlich durch den wachsenden elektronischen Handel gefördert wird. Eine Übersicht über die Aktivitäten des Währungshandels (Spot, Voraus-, Swap), der von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Jahr 2001 herausgegeben wurde, schätzt den täglichen Umsatz auf US\$ 1210 Mia. im Jahr 2001, um 19% geringer als US\$ 1490 Mia. im Jahr 1998. Die Einführung des Euro (12 Währungen werden eine), der wachsende Anteil an elektronischen Handel im Zwischenbanken-Spotmarkt und Konsolidierung der Bankenindustrie scheinen die Abnahme zu erklären. Der Trend mag sich fortsetzen, was ein Problem für den Anfang werden aufwerfen würde: das einer abnehmenden Steuerbasis.

Trotz der wachsenden Rolle elektronischen Handels, macht der Handel zwischen Händlern (im Gegensatz zu anderen Finanzinstituten oder Nicht-Finanzkunden) mehr als die Hälfte des Währungsumsatzes aus. Die meisten der täglichen Transaktionen werden in der Absicht der Kurssicherung (Hedging) zwischen Händlern getätigt, um die gesteigerten Auswirkungen von Währungsanhäufung durch Geschäftsabschlüsse zu vermeiden. Hedging-Aktivitäten sind als Schwarze-Peter-Handel ("hot potato trading") bekannt, da jeder spekulative Verkauf von z.B. US-Dollar könnte den Verkäufer mit ungewollten Euros belassen, die er oder sie dann versucht bei anderen Händlern los zu werden. Diese Praxis hilft, das Risiko gleichmäßiger zu verteilen. Die Tobin-Steuer würde das Hedging entmutigen, den die mehrfachen Transaktionen würden alle besteuert. Daher würde die Steuerbasis der täglichen Währungstransaktionen abnehmen.

Dann gibt es noch die Frage, wie die Steuer zu erheben ist, um die Einkünfte zu maximieren. Viele Geschäfte werden in einem einzelnen Tag abgeschlossen und mit Schließung des Marktes ausgeglichen. Diese Ausgleichsorte zu besteuern, wo die Währungen in die Bücher der Zentralbanken übertragen werden, mag der einfachste Ansatz zu sein scheinen. Jedoch nach einer Studie von Prof. Peter Kenen, sollte die Steuer auf jeden Handel am Handelsort erhoben werden. Dies würde dann den Gesamtwert des Handels erfassen, während die Ausgleichsbeträge die Tagesumsätze zusammen fasst und so einen geringeren besteuerten Betrag ergeben.

Mobiles Kapital

Steuervermeidung würde wahrscheinlich auch wachsen und die Fähigkeit der Tobin-Steuer, Einkommen zu schaffen weiter reduzieren. Zwei Haupttypen sind wahrscheinlich: Erstens das Auswandern der Währungsmärkte unter steuerfreie Gerichtsbarkeiten und zweitens den Ersatz steuerpflichtiger Transaktionen durch steuerfreie.

Die Auswanderung würde eintreten, wenn nicht alle Gerichtsbarkeiten mit wesentlichem Währungshandelumsatz die Steuer anwenden würden. Der Handel könnte von neuen Plätzen, wie Offshore-Steuroasen angezogen werden. Diese Auswanderung könnte durch Strafbesteuerung aller Transaktionen mit diesen Oasen vermieden werden, wodurch der Handel an den Plätzen weiter gehen kann, die sich der Steuer unterwerfen. Diese Strafmaßnahme würde das Risiko verringern, dass sich eine Auswanderungsschleuse durch einen Vorreiter öffnet. Sie würde aber nur mit kleinen Gerichtsbarkeiten wirksam sein. Wenn einer dieser großen Marktplätze, wie Frankfurt oder Hong Kong die Tobin-Steuer nicht anwendet, würden viele Händler zu diesem steuerfreien Markt ausweichen und unter sich handeln, ohne von den Strafmaßnahmen betroffen zu sein. Die Steuerbasis wäre als Ergebnis deutlich erodiert.

Um den Ersatz von besteuerten Währungstransaktionen durch steuerfreie zu verhindern, müsste die Tobin-Steuer mehrere Finanzinstrumente erfassen und mit der Schaffung von neuen zur Steuervermeidung Schritt halten. Zum Beispiel kann eine Steuer auf Spot-Transaktionen leicht durch kurzfristige Voraus-Transaktionen vermieden werden. Daher müssten die auch besteuert werden. Und da ein Swap eine Spot-Transaktion mit einem ausgleichenden Vorraus-Vertrag kombiniert, müssen auch sie besteuert werden. Es genügt wiederum nicht, Währungs-Swaps zu besteuern, da eine Währungstransaktion ersetzt werden kann durch eine Kombination von Währungs- und Schatzbrief-Swap, wodurch der Währungsmarkt (und die Steuer) zum gewissen Maß umgangen wird.

Selbst, angenommen die Tobin-Steuer wäre machbar, wäre sie wirtschaftlich wünschenswert? Anders gesagt, würde sie die Verzerrungen im internationalen Kapitalmarkt verringern und weniger Unbeständigkeit oder krisenbehaftete Investitionen ermutigen und Armut abschwächen?

Die ursprüngliche Absicht des Vorschlags von Herrn Tobin - die extremen Währungsschwankungen zu reduzieren - ist in den Hintergrund geraten. Schließlich ist der Umfang der monatlichen Änderungen der relativen Wertungen der Schlüsselwährungen nicht entsprechend der internationalen Kapitalbeweglichkeit in den letzten Jahrzehnten gewachsen. Im Gegenteil könnte die Tobin-Steuer, wie wir gesehen haben, die Liquidität auf dem Währungsmarkt reduzieren. Und da sie Hedging-Aktivitäten auf dem Markt reduzieren würde könnte sie reine Spekulation ermutigen und daher zu mehr, nicht weniger Schwankungen führen.

Die meisten Beobachter sorgen sich weniger um die kurzfristigen Schwankungen (die man mit Hedging absichern kann) als um langfristige Fehlbewertungen von Wechselkursen, besonders denen neuer Märkte. Solche Fehlbewertungen können manchmal begründet sein Zyklen von Aufschwung und Zusammenbruch von privaten Darlehen und Investitionen in Entwicklungsländern. Aber die Tobin-Steuer wäre nicht hoch genug um diese Zyklen auszugleichen, da deren risikobedingten Gewinne, wegen der plötzlichen Umschwünge von Euphorie und Panik, sehr hohe Steuerraten erfordern würde, um sie auszugleichen.

Es gibt noch andere Unsicherheiten: Wären wir sicher, dass politische Führer heute und morgen ihre Einnahmen aus der Tobin-Steuer für Entwicklung verwenden würden? Lässt sich die Steuer administrativ erheben? Wie würde sie Hilfe beeinflussen? Sogar vor der UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey, haben sich USA und EU bereit erklärt, ihre Entwicklungshilfe zu erhöhen. Allerdings stimmen die meisten überein, dass trotz dieser Bemühungen der Mangel an Finanzmittel für das Millennium-Entwicklungs-Ziel (die Armut bis 2015 zu halbieren - s. Literaturreferenzen) nicht ohne andere Finanzierungsmaßnahmen behoben werden kann. Es ist auch nicht wahrscheinlich dass eine Tobin-Steuer die Ergebnisse liefern würde, die jedermann sich wünscht. Allerdings hat die Diskussion die Dringlichkeit erhöht, nach neuen Mitteln zur Finanzierung von Entwicklung auf wirksame und sinnvolle Weise zu suchen. Es mag andere Ansätze geben: einige haben von Steueranreizen für Firmen, die in Armutsminderungen investieren, oder von speziellen Stiftungsfonds mit dem Zweck neuer Sonderziehungsrechte durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) gesprochen. Wie die Tobin-Steuer müssen diese Ideen gründlich untersucht werden.

Helmut Reisen. (Dr./ Uni Köln und Professor für internationale Wirtschaft an der Universität Basel)

Veröffentlicht im OECD Observer nr. 231/232 - Mai 2002 -

www.oecdobserver.org - observer@oecd.org

Kontakt zu diesem Artikel: helmut.reisen@oecd.org

Literatur:

Kenen, P., "The feasibility of Taxing Foreign Exchange Transactions",

in the Tobin Tax Coping with Financial Volatility (M. ul Haq, et al,

eds.), Oxford 1996

A Better World for All: Progress Towards the International Development

Goals, IMF, OECD, United Nations, World Bank, 2000.

> 3. Debatte. Die Machbarkeit der Tobinsteuer. Die globalen Steuern. Von Dominique Plihon.

Übersetzung: Hildegard Tischer. Freiwillige ÜbersetzerInnen coorditrad@attac.org (*)

Auszug aus dem Beitrag von Dominique Plihon anlässlich des von Attac France organisierten Seminars "Die globalen Steuern und die Finanzierung der Entwicklung" (17. Mai 2002)

Die Ziele der Besteuerung

Steuern haben drei Ziele:

1. Einnahmen zu bekommen für die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben und, allgemeiner, den nicht kommerziellen Bereich
2. Einfluss zu nehmen auf das Verhalten der privaten Akteure (Unternehmen, Investoren, Sparer, Konsumenten)
3. Verteilung der Einnahmen unter den Beteiligten

Im Prinzip ergänzen sich diese Ziele, aber sie können auch in Konflikt zueinander treten: Das ist der Fall bei der Tobinsteuer, deren Ziel, die Spekulation einzuschränken (Ziel 2), in Konflikt geraten kann mit dem Ziel, Einnahmen zu bekommen (Ziel 1).

Nach der Wirtschaftstheorie gründet die Besteuerung auf dem Vorhandensein

1. öffentlicher Güter, die vom Kollektiv verbraucht werden und die nicht vom Markt produziert werden können,
2. positiver oder negativer äußerer Einflüsse (Pigou), wirtschaftlicher Phänomene, die "außerhalb" des Kalküls der Wirtschaftsakteure liegen und nicht vom Markt reguliert werden können.

Öffentliche Güter und äußere Einflüsse sind zwei komplementäre Begriffe, denen gemeinsam ist, dass sie sich der Marktlogik entziehen, daher die Notwendigkeit einer öffentlichen Intervention "außerhalb des Marktes".

Warum globale Steuern?

Die derzeitigen Steuersysteme wurden auf nationaler Basis erarbeitet (dies ist eines der Merkmale der Nationalstaaten), zu einer Zeit, als die Nationalstaaten wenig nach außen geöffnet waren.

Der aktuelle Globalisierungsprozess stellt die Macht der Nationalstaaten bezüglich ihres obersten Privilegs, der Währungs- und Steuerpolitik, in Frage. Es ist also notwendig, die Einführung einer globalen Besteuerung ins Auge zu fassen - neben den nationalen Steuersystemen. Die Ziele der globalen Steuerpolitik wären die gleichen wie die der nationalen, aber sie würde die Ebene der globalen Wirtschaft betreffen: öffentliche Einnahmen auf internationalem Niveau, Einflussnahme auf die Global Player, Kampf gegen die negativen äußeren Einflüsse auf internationaler Ebene, Finanzierung der öffentlichen Güter weltweit.

Genauer gesagt gibt es vier Gründe, die die Einführung einer globalen Besteuerung erfordern, und zwar die folgenden:

A. Die nationalen Besteuerungsgrundlagen weichen im Zusammenhang mit der Globalisierung auf (Freizügigkeit des Kapitals, das sich dort heimisch niederlässt, wo die Steuerlast am niedrigsten ist, Rückgang mancher Einnahmen infolge der Liberalisierung: Zollrechte, Finanzsteuern).

B. Die Globalisierung verstärkt die Interaktion zwischen Wirtschaft und nationalen, öffentlichen Finanzen: Die Finanzpolitik der einzelnen Länder beeinträchtigt das wirtschaftliche und finanzielle Gleichgewicht anderer Länder. Angesichts dieser neuen Situation gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Eine Politik der Steuerkonkurrenz (Steuerdumping), das sich in einer Verringerung des nationalen Steuergrundstocks niederschlägt, da jedes Land versucht, Kapital anzuziehen, indem es seine Steuern senkt. Das ist die häufigste Variante; die Steuerparadiese sind ihre Extremform.

2. Eine Politik der Zusammenarbeit zwischen den Ländern, die als einzige in der Lage sind, die Steuereinnahmen des Staates zu schützen. Die Einführung globaler Steuern (regional oder weltweit) ist die Variante, in denen die Zusammenarbeit zwischen den Staaten am weitesten gediehen ist, und sie ermöglicht den Erhalt des Instruments Steuer.

C. Die Globalisierung verschärft die Steuerungerechtigkeiten zwischen den Beteiligten zugunsten derer, die am mobilsten sind: Das ist der Fall bei leitenden Managern, Kapitaleignern und multinationalen Konzernen (MNK), die ihre Besteuerung vor einem globalem Hintergrund sehen und auf globaler Basis organisieren. Diese Beteiligten profitieren von dem Gefälle zwischen den Staaten, deren Steuermacht durch die nationalen Grenzen beschränkt ist, und ihrem eigenen Gestaltungsraum, der sich über die ganze Erde erstreckt: was ihnen ermöglicht, sich der Besteuerung zu entziehen. Die Politik der MNK ist diesbezüglich sehr effizient. Sie basiert auf Standortstrategien von Muttergesellschaft und Niederlassungen sowie auf den Transfer von Einnahmen, die durch Manipulation der fiktiven, internen Preise innerhalb der Konzerne entstehen (Transferpreise).

Unter diesen Verzerrungen, die eine Quelle der Ungleichheit sind und die durch die Globalisierung hervorgerufen werden, muss das Hauptaugenmerk auf die wachsenden Ungleichheiten zwischen einerseits der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, die international wenig mobil ist, und andererseits den Kapitaleignern, die im Zuge der Liberalisierung der Finanzmärkte extrem mobil geworden sind. Das Ergebnis ist eine immer weiter auseinander klaffende Schere: tendenzielle Steuererleichterung für die letzteren und größere Steuerbelastung für die ersteren, die den Großteil der Grundabgaben und der Steuern, denen Erwerbstätige unterliegen, aufbringen müssen.

Diese unterschiedliche Entwicklung der Besteuerungen ist eine wesentliche Quelle der Ungleichheit, die direkt auf den Prozess der Finanzglobalisierung zurückzuführen ist.

D. Die Globalisierung ruft neue Bedürfnisse hervor, die nicht kommerzieller Natur sind und die auf weltweiter Ebene befriedigt werden müssen:

1. globale öffentliche Güter: Wasser, Umwelt, Sicherheit, und

2. äußere negative Einflüsse globaler Dimension (Spekulation, Luftverschmutzung durch Verkehr)

Diese öffentlichen Güter und diese äußeren Einflüsse können nur auf globaler Ebene finanziert und reguliert werden, und zwar durch Steuern und eventuell globale oder internationale Vorschriften.

Die politischen und institutionellen Bedingungen für eine globale Besteuerung

A. Dass die Einführung weltweiter Steuern auf Ablehnung stößt, hängt damit zusammen, dass es keine supranationale öffentliche Autorität gibt, die die Besteuerungsrichtlinien demokratisch festlegt und deren Umsetzung sowie die Verwendung der Steuereinnahmen überwacht.

Dieser Einwand ist nicht richtig: Internationale Abkommen können dafür sorgen, dass die Nationalstaaten die Steuern beschließen, ihre Höhe festlegen und die Einnahmen kontrollieren. Die Verwaltung und Verwendung der Steuereinnahmen würde dann nach dem Muster der bereits bestehenden zwischenstaatlichen Regelungen internationalen Institutionen übergeben werden. Diese Gelder könnten Institutionen übergeben werden, die der UNO angegliedert sind und nach dem Prinzip "ein Staat, eine Stimme" verfahren.

B. Auch das Argument "Alles oder nichts" gilt nicht: Die Einführung globaler Steuern kann von einer begrenzten Anzahl Staaten initiiert werden, zum Beispiel den Ländern der Europäischen Union.

C. Die weltweite Besteuerung würde nicht ausreichen, um das Ziel - die Veränderung des derzeitigen Globalisierungsprozess - zu erreichen. Es ist wesentlich, dass die öffentlichen nationalen und internationalen Stellen parallel dazu andere Instrumente, insbesondere Vorschriften, einsetzen. Eine Regulierung der internationalen Kapitalflüsse muss also mit der globalen Besteuerung einhergehen.

D. Die globale Besteuerung ist, wie die nationale Besteuerung, eine politische Entscheidung und kein technisches Problem: Die technischen Lösungen sind bekannt, es ist der Wille des Staates, an dem es mangelt. Die weltweite Besteuerung hat auch einen wichtigen pädagogischen Effekt, nämlich den, dass sie eine Diskussion in Gang setzt über die Notwendigkeit, die privaten Wirtschaftsakteure und die Märkte zu kontrollieren. Die globalen Steuern reihen sich so ein in eine globale Infragestellung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems.

Dominique Plihon, Vorstand des wissenschaftlichen Rates von ATTAC Frankreich

Anfragen zu diesem Artikel: Sekretariat des wissenschaftlichen Rates von ATTAC Frankreich cs@attac.org

> 4. Labor's Enron

Gewerkschaftsbosse profitierten von zweifelhaftem Aktiendeal

Von Jane Slaughter

Übersetzung: Ulrike Neun-Dorf. Korrektur: Maren Lambrecht. Freiwillige ÜbersetzerInnen coeditrad@attac.org (*)

Es heißt "kein Kommentar" in ganz Washington in diesen Tagen, wenn Gewerkschaftsvorsitzende sich überlegen, ob es am Ende vielleicht doch nicht so eine Superidee war, sich selbst als Vorstandsmitglieder von Firmen zu bereichern.

Reporter von "Business Week " und "Wall Street Journal" (WSJ) brachten die Story über mehrere Gewerkschaftsvorsitzende, die im Vorstand der ULLICO, einem Versicherungs- und Finanzdienstleister, sechsstelligen Dollarbeträge verdienten, indem sie Insiderwissen über anstehende Änderungen im Aktienpreis der Firma nutzten. Dazu wurden sie von ULLICO's CEO, Robert Georgine, dem früheren Vorsitzenden der AFL-CIO Bauhandelsabteilung ermutigt.

Eine Bundesjury untersucht den Fall, ebenso wie die Arbeitsbehörde, um herauszubekommen, ob die Gewerkschaftsführer gegen das Arbeitsrecht verstießen.

John Sweeney, der im ULLICO Vorstand sitzt, aber keinen Vorteil aus dem Bereicherungssystem zog, drängte Georgine schriftlich, einen unabhängigen Untersuchungsausschuß bei ULLICO einzusetzen. Zwei Wochen später hatte Georgine immer noch nicht geantwortet. Die meisten ULLICO-Vorstandsmitglieder, die von Labor Notes kontaktiert wurden, einschließlich sowohl derjenigen, die vom Insiderwissen profitierten als auch jene, die nicht profitierten, verweigerten den Kommentar. CWA Präsident Morty Bahr sagte, er unterstütze Sweeney's Forderung nach einer Untersuchung.

Die Angelegenheit sollte Anfang Mai auf den Jahresversammlungen und bei ULLICO's Vorstandstreffen zur Sprache kommen.

Wie es vor sich ging

ULLICO wurde 1925 als Lebensversicherung für Gewerkschaftsmitglieder gegründet. Die Firma ist in privater Hand und unterliegt deshalb nicht ganz denselben Regeln wie öffentlich gehandelte Konzerne. Ihre Anteile können nur von den Gewerkschaften oder von ULLICO-Angehörigen gekauft werden.

Während der 90er Jahre profitierte ULLICO durch Investitionen in eine Telefongesellschaft "Global Crossing" - jetzt bankrott, aber damals ein Star. Die fluktuierenden Profite von Global Crossing waren die Ursache für den steilen Aufstieg wie auch den Absturz von ULLICO's Aktienpreis.

Aber die Praktiken bei ULLICO führten dazu, dass beide Börsenbewegungen zum Nutzen der Direktoren funktionierten. Jeweils am 31. Dezember setzt ULLICO seinen Aktienpreis für das kommende Jahr fest. Am 17. Dezember 1999 bot Georgine den Direktoren an, 4.000 ULLICO Aktien, zu einem Stückpreis von \$ 54 zu kaufen - obwohl bereits bekannt war, dass (aufgrund Global Crossing's Erfolg) der Aktienpreis zwei Wochen später auf \$ 146 steigen würde. Der potentielle Gewinn für jeden Direktor: \$ 368.000. Nicht schlecht für die Arbeit eines Augenblickes.

Sie stimmten dafür

Als Global Crossing abtauchte und ULLICO's Preis mit nach unten zog, profitierten die Direktoren erneut. Vor der Preisanpassung zum 31. Dezember 2000 bot ULLICO an, einige Aktien zurückzukaufen. Alle Anteilhaber - einschließlich der Gewerkschaften und ihrer Pensionsfonds - konnten einen kleineren Betrag ihrer Anteile verkaufen, aber diejenigen mit weniger als 10.000 Aktien, d.h. die meisten Direktoren, konnten alle loswerden.

Der Preis wurde von \$ 146 auf \$ 75 reduziert. Davor allerdings verkauften die Direktoren 73.000 ihrer 120.000 Aktien, zu einem Preis von \$ 146 per Stück. Rechnen lasse ich Euch selbst!

Einige ULLICO-Vorstandsmitglieder zogen Vorteil aus diesem System, andere nicht. Aber der ULLICO-Vorstand als solcher hieß ein System gut, das einigen Mitgliedern erlaubte, unerwarteten Gewinn einzuheimsen. Laut "WSJ", hatte ULLICO früher seinen Aktienpreis bei \$ 25 fixiert. Im Jahre 1997 beschloß ULLICO den Rückkaufsplan als eine Möglichkeit, diese glücklichen Aktienbesitzer von ULLICO's plötzlichem Erfolg profitieren zu lassen.

Die "BusinessWeek" wirft die Frage auf: Verletzten die Gewerkschaftsvertreter mit der Teilnahme an diesem Plan ihre Pflichten gegenüber den Mitgliedern und den Renten ihrer Mitglieder? Das Arrangement begünstigte individuelle Vorstandsmitglieder gegenüber den Gewerkschafts- und Pensionsfondsinvestitionen. Als Gerogine den Direktoren 1999 sein Angebot schickte, schloß er die Gewerkschaften nicht ein.

"WSJ" und "Business Week" erwähnten folgende Nutzniesser des Systems: Douglas McCarron von den Zimmerleuten, Morty Bahr von CWA, Martin Maddaloni von der Installateurgewerkschaft, Jake West, damals Präsident der Eisenarbeiter und William Bernard, den früheren Vorsitzenden der Asbestarbeiter.

Als nicht daran teilnehmende Direktoren wurden genannt: John Wilhelm von den Hotelangestellten und Lenore Miller, die frühere Präsidentin von RWDSU. Die Vorstandssprecher Terence O'Sullivan von der Arbeiterseite und Frank Hanley von den Betriebsingenieuren sagen aus, dass sie nicht daran teilnehmen.

Weitere Vorstandsmitglieder, aus dem letzten Jahr, sind die Gewerkschaftsvorsitzenden Earl Kruse (Dachdecker), Frank Hanley (Betriebsingenieure), Vincent Sombrotto (Briefboten) und Jim LaSala (ATU) sowie

Linda Chavez-Thompson von der AFL-CIO. Außerdem sitzen eine Reihe zurückgetretener Präsidenten und anderer offizieller Vertreter aus dem Baugewerbe, UAW und GCIU, im Vorstand.

Extra box: Zweierlei Maßstäbe bei AFL-CIO?

Ironischerweise kämpft der AFL-CIO im Kielwasser des Enron-Skandals für eine Reform der Unternehmensführung. Der AFL-CIO-Exekutivrat, dessen Mitglieder teilweise auch im ULLICO-Vorstand vertreten sind, brandmarkte das "System der Unternehmensführung, das Vorstandsmitglieder und Unternehmensinsider schützt, während Investoren, Arbeiter und die Öffentlichkeit weitgehend enormen und oft unbekanntem Risiken ausgesetzt sind."

Der Rat fordert, dass "Vorstände aus einem Pool verschiedener qualifizierter Kandidaten und nicht einer engen Gruppe von Unternehmensinsidern ausgewählt werden sollten. Wir sind die ersten, die fordern, dass Mitglieder des Enron-Vorstandes sich aus zwei Dutzend anderen Firmen zurückziehen, in denen sie in Positionen mit besonderer Verantwortung sitzen."

Wenn diese Forderung auf ULLICO ausgedehnt würde, würden ULLICO-Vorstandsmitglieder als Gewerkschafts- und Pensionsfondsvertreter zurücktreten.

Ein AFL-CIO-Insider teilte "Labor Notes" mit, dass die Verlegenheit über die ULLICO-Enthüllungen den Verband nicht zum Stopp der Kampagne veranlassen würden. Ein paar betroffene offizielle Vertreter möchten die AFL-CO- Opposition zum Insider-Trading verstärken und einen einheitlichen Standard für alle durchsetzen.

Ein goldener Maßstab

Für zu viele hohe Gewerkschaftsvertreter bedeutete dieser "einheitliche Standard" bisher Denken und Verhalten nach Unternehmer-Art, d.h. ein Auge auf persönliche Bereicherung gerichtet. "Der plötzliche und spektakuläre Kollaps von Enron hat die Kultur der Habgier zur Schau gestellt, welche die meisten großen Konzerne durchdringt", sagte der Exekutivrat im letzten Februar, und er könnte ebenso gut über die höchsten Ränge vieler Gewerkschaften gesprochen haben.

Die innersten Gewerkschaftskreise sind überflutet von hohen Gehältern, teuren Geschäftsessen, Meetings in Urlaubsressorts, von der Gewerkschaft bezahlten Autos, fetten Pensionen. Allein bei Teamsters verdienen 199 offizielle Vertreter über \$ 100.000 im Jahr. Wenn Gewerkschaftsbosse die Früchte der Anstrengungen ihrer Mitglieder so leicht - und völlig legal - verprassen, ist es für sie natürlich normal, eine kleine Überdehnung ethischer Prinzipien nicht zu bemerken. Anscheinend gilt für einige Top-Gewerkschaftsvertreter, wie für die meisten reichen Leute, dass man nie reich genug sein kann.

Unglücklicherweise können die Lebensweise eines Konzernbosses und das Durchführen von seltsamen Geld- und Aktiendeals wie ein solcher nicht von den anderen Aktivitäten der Gewerkschaftsführer getrennt werden. Offizielle Vertreter, die vom täglichen Leben ihrer Mitglieder so weit entfernt sind, sehen wahrscheinlich am Verhandlungstisch die Dinge eher so, wie ihre Gegenparts in den Unternehmen es tun.

Ein Mitglied, das wütend auf ULLICO war, schrieb auf ein Zimmerleute-Informationsbrett: "Diese Leute würden einen Arbeiter nicht erkennen, wenn sie nicht gerade einem ein Trinkgeld geben."

Aktion

Ø Gewerkschaftsmitglieder sollten herausfinden, wie ihre Präsidenten in ULLICO verwickelt sind. Ruft Eure Hauptstellen an. Fordert Informationen. Bringt auf Eurem örtlichen Gewerkschaftsmeeting eine Entscheidung darüber durch, dass Euer örtlicher Vorsitzender anrufen sollte. Nutzt regionale Meetings, um die Sache anzuheizen.

Ø ULLICO - in das so viele Arbeiter-Pensionsfonds investiert wurden - sollte eine sorgfältige Reform seiner Praktiken anstreben, um die Firma zu ihrer ursprünglichen Mission zurückzuführen, nämlich die Arbeiter zu unterstützen. Die Gesellschaft sollte aufhören, sich hinter dem Schild des Privatunternehmens zu verstecken und eine Struktur schaffen, die für Gewerkschaftsmitglieder transparent ist.

Ø CEO Georgine, der angeblich mindestens \$ 5 Mio. persönlich verdient hat, sollte einen unabhängigen Untersuchungsausschuß einrichten und dann zurücktreten.

Ø Die Gewerkschaftsmitglieder, die mit ihrer Hand im Geldbeutel erwischt wurden und jene, die dem Diebstahl zugestimmt haben, sollten ihre Gewinne den Mitglieder- Pensionsfonds spenden und dann ebenfalls zurücktreten.

Jane Slaughter/Labor Notes

>5. Mais genetisch verunreinigt in Mexiko

Laune der "Natur" oder Panne der Institutionen

Umriß der Rollen und Verantwortungen für genetische Verunreinigungen des Mais in Mexiko

Ein Bericht von Global Exchange

25. April 2002

Übersetzung: Bernt Lampe, Rocco Kisch. Freiwillige ÜbersetzerInnen cooditrad@attac.org (*)

Forscher der Universität von Kalifornien in Berkeley entdeckten in Mexiko heimische Maissorten genetisch veränderte DNA (Nature, November 2001). Das mexikanische nationale Umweltinstitut (INE) und die nationale Biodiversitätskommission (CONABIO) bestätigten später die genetische Verunreinigung heimischer Sorten in einem am 23. Januar 2002 herausgegebenen Bericht und berichteten, dass ihre folgenden Untersuchungen in 95% der durchgeführten Tests zu 35% verunreinigten Mais enthielten.

Ähnlich wie im "StarLink-Skandal" in den US, wo genmanipulierte Maissorten, die nicht als menschliche Nahrung zugelassen sind, in die US-amerikanische Nahrungsversorgung gerieten und verschiedene Verbrauchsprodukte und Maisfelder verunreinigten, war die Verunreinigung von heimischem mexikanischen Mais auf der ganzen Linie von institutionellen Pannen überflutet. Während der StarLink-Skandal im Vergleich zu der Verunreinigung der in Mexiko heimischen Maissorten verblasst, bereitete das institutionelle Versagen der Regulierungsbehörden und -gesellschaften den Weg zu vorhersehbarer, allerdings vermeidbarer Katastrophe.

Dieser Bericht versucht aufzuzeigen, welche Behörden irgendwie zur Verunreinigung des Mais in Mexiko beitrügen und schließt mit Empfehlungen.

Mexiko

1. Wirtschaftsministerium (SE)

Mexikos Wirtschaftsministerium (Secretariat de Economia, SE), fungiert unter anderem als Mexikos Vertreter in der internationalen Handelsarena. Das SE ist das Äquivalent der mexikanischen Regierung zu dem United States Trade Representative (US-amerikanischen Handelsrepräsentanten, USTR) und ist rechtlich verantwortlich für die Garantie der Einhaltung von Handelsabkommen.

Während es über die Quelle der genetischen Verunreinigung des mexikanischen Mais reichliche Verwirrung herrscht, leugnen wenige, dass der erste Verdacht auf die 6 Millionen Tonnen Mais fällt, die jährlich aus den Vereinigten Staaten importiert werden. Ungefähr ein Drittel des in den USA angebauten Mais ist genetisch modifiziert, das macht 15.752.286 Tonnen im Jahr. Da die Europäische Union, Japan und Süd Korea spezielle Vorkehrungen getroffen haben, den Zugang bestimmter genmanipulierter Maissorten aus den USA zu beschränken, wird ein bedeutender Prozentsatz von genmanipuliertem Mais in Länder wie Mexiko verschickt, die die rechtliche und physikalische Infrastruktur nicht haben, um den Zugang zu verhindern.

Während der Verhandlungen zu dem daraus entstandenen Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement - NAFTA) war Mais das am heißesten umstrittene Thema unter den Regierungen und Farmern der Unterzeichner des Abkommens: Kanada, Mexiko und USA. Obwohl NAFTA im Großen und Ganzen das Ende für mexikanische Landwirte bedeutete, enthielt das Abkommen einige, wenn auch belanglose, Sicherungen, die den mexikanischen Maisproduzenten den Zugang zum internationalen Markt erleichtern sollten. Das System der Tariff-Rate Quota (TRQ) des NAFTA zielt darauf die mexikanischen Maispreise graduell den internationalen Preisen anzupassen, indem die Zolltarife über eine Periode von 15 Jahren gesenkt werden. In Wirklichkeit haben Importe aus den USA seit 1994 zollfrei Eingang gefunden und Mexiko hat \$ 2 Mia. an Zollerträgen nicht erhoben. Die jährlichen Importe aus den USA betragen im Mittel 6 Mio. t, verdrängen damit jedes Jahr Tausende von kleinen und mittleren Landwirten und beschleunigen die Verteilung von genmanipuliertem Mais in ganz Mexiko und die Verunreinigung lokaler Sorten.

Das Konzept des "Dumping", bei der Welthandelsorganisation internationale Preisdiskriminierung genannt, tritt auf, wenn der Preis eines an ein Importland verkauften Produkts unter dem Preis des Produkts auf dem Markt des Exportlandes liegt. Obwohl Mexiko nach internationalem Handels- und Umweltrecht gerechtfertigt, sogar verpflichtet wäre, eine Antidumping-Beschwerde zu führen, hat das Wirtschaftsministerium noch kleine Schritte unternommen, um der Situation zu begegnen.

Streng aufgrund internationalen Handelsrechts kann Mexiko nicht nur den unbezahlten Zoll fordern, sondern auch die Vereinigten Staaten mit zusätzlichen Zoll wegen unfairer Handelspraktiken belasten. Derzeit sind die Vereinigten Staaten unter Beschuss von der Europäischen Union und anderer Länder wie Brasilien, die behaupten dass die Landwirtschaftssubventionen der Vereinigten Staaten im Wesentlichen unfair sind und Grundprinzipien des "freien Handels" verletzen. Um einen Handelskrieg und eventuelle Sanktionen zu vermeiden, werden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich Landwirtschaftssubventionen für große Landwirtschaftsfirmen reduzieren.

Herkunftszentren ("Centers of Origin") sind Regionen, wo eine bestimmte Feldfrucht oder Spezies von Vieh domestiziert und von wilden Spezies gezüchtet wurde. Herkunftszentren und Diversität sind wesentlich für das langfristige Überleben einer Spezies, indem sie als genetisches Reservoir für die Evolution und Entwicklung der Frucht dienen. Angesichts der Bedeutung der Unversehrtheit der Herkunftszentren ist Mexiko in einer Lage, im Interesse der Ökologie und Biodiversität Maisimporte zu beschränken oder zu verhindern.

In der Tat könnten vielfache internationale Handels- und Umweltabkommen für Mexiko den Ausschluss des Imports von US-amerikanischem genmanipuliertem Mais rechtfertigen. Nach GATT-Artikel XX(b) könnte Mexiko den Import von genmanipuliertem Mais als "notwendig zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzen" verbieten. Obwohl der GATT-Artikel XX und andere Handels- und Umweltbestimmungen sich zum Umweltschutz nützlich erweisen müssen, hat es Mexiko versäumt, die illegalen Handelspraktiken und den umweltschädlichen Import anzufechten.

2. Interministerielle Kommission für Biosafety und genmanipulierte Organismen (CIBIOGEM)

Die Interministerielle Kommission für Biosafety und genmanipulierte Organismen (CIBIOGEM), geschaffen im Jahr 1999 unter der Regierung von Ernesto Zedillo besteht aus Ministerien für Landwirtschaft, Umwelt, Gesundheit, öffentliche Bildung, Inneres und Wirtschaft. Die CIBIOGEM wurde als Reaktion auf Untersuchungen durch die nationale Wissenschafts- und Technologiekommission (CONACYT) gegründet, die mögliche Auswirkungen des Imports von genmanipuliertem Mais in Mexiko im Einzelnen auflistet. Theoretisch sollte CIBIOGEM eine interministerielle Kommission darstellen, die die Belange der Biosafety durch Koordination der betreffenden Ministerien anspricht und dadurch den Schutz der mexikanischen biologischen Unversehrtheit

erleichtert. Allerdings hat CIBIOGEM die Erwartungen, die in sie bei der Gründung 1999 gesetzt wurden, bisher nicht erfüllt.

Obwohl das Berkeley-Team von Ermittlern seine Ergebnisse Anfang 2001 dem Sekretariat von CIBIOGEM und den entsprechenden Kommissionsmitgliedern mitgeteilt hat, hat CIBIOGEM keine öffentliche Mitteilung von sich gegeben und keine Schritte unternommen; die Quelle der Verunreinigung zu bestimmen, noch die Landwirte in den betroffenen Gebieten gewarnt. In der Tat hat die mexikanische Regierung erst im September 2001 die Resultate über die tatsächliche genetische Verunreinigung bestätigt, mehrere Monate nachdem die Verunreinigung entdeckt und verifiziert wurde. Wenn auch nicht voll für die genetische Verunreinigung verantwortlich verschärft die Nachlässigkeit von CIBIOGEM die schon ernste Situation.

3. Das Ministerium für Land- und Viehwirtschaft, ländliche Entwicklung, Fischerei und Lebensmittel (SAGARPA).

Das Ministerium für Land- und Viehwirtschaft, ländliche Entwicklung, Fischerei und Lebensmittel (SAGARPA) ist weitgehend für die Kontrolle von genmanipulierten Feldfrüchten, Getreideimporte und Mexikos Landwirtschaftspolitik verantwortlich. Seit die Regierung Vincente Fox im Dezember 2000 die Macht übernahm, hat sie sich zum Ziel gesetzt die mexikanische Landschaft zu "modernisieren", indem das System traditioneller Feldfrüchte durch marktgerechte Exportsorten, einschließlich genmanipulierter Früchte ersetzt werden.

Im Jahr 1999 warnte Greenpeace Mexiko die mexikanische Regierung vor den möglichen Risiken der genetischen Verunreinigung durch unkontrollierten und unregulierten Import von genmanipuliertem Mais. Die Maisimporte waren nicht nur genverändert, sondern die meisten, wenn nicht alle, Maisproben waren keimfähig. Ein Bericht von CIBIOGEM als Ergebnis des Ersten Nationalen Forums über Biotechnologie und Biosafety in der Mexikanischen Landwirtschaft im Januar 1999 forderte das SAGARPA auf, den Maisimport von den Vereinigten Staaten aufzuhalten. SAGRAPA hat nichts unternommen.

Anstatt dringender Maßnahmen zur Linderung und Behebung der Maisverunreinigung hat SAGARPA statt dessen versucht die "Teil-Kommerzialisierung" von genmanipulierten Organismen in Mexiko zu legalisieren, indem eine "offizielle mexikanische Norm (NOM FITO-ECOL-2001) vorgelegt wurde. Die Initiative wurde als Resultat eines Treffens mit anderen Regierungsorganen und Vertretern der Biotechindustrie, einschließlich Monsanto, Grupo Pulsar und AgroBIO geschaffen. NOM FITO-ECOL-2001 versucht weitreichenden kommerziellen Anbau von genmanipulierten Feldfrüchten zu legalisieren, wobei die innewohnenden Risiken weitverbreiteter Nutzung von Genmanipulation in einem Land mit großer Diversität ignoriert werden. Schließlich wurde NOM FITO-ECOL-2001 ohne öffentliche Beteiligung oder Diskussion geschaffen, abgesehen von der erwiesenen Teilnahme von Greenpeace, die sich schließlich aus dem Prozess zurückzogen, da er im wesentlichen undemokratisch verlief.

4. DISCONSA

Disconsa ist das Regierungsprogramm für Ernährungssubvention, das im Jahr 1998 die CONASUPO (nationale Grundproduktgesellschaft - gegründet 1972) ersetzte. Disconsa unterhält etwa 300 Warenhäuser und 23000 Läden zur Verteilung subventionierter Lebensmittel in ländlichen Gebieten in 93% der Gemeinden Mexikos. Jedes Jahr verteilt Disconsa etwa 600000 t Mais, wovon ein Drittel direkt aus den USA importiert wird. Die übrigen 400000 t werden von privaten Getreidehändlern gekauft, was in vielen Fällen ebenfalls von den USA importiert ist.

Sowohl die Berkley-Prüfer wie die INE/CONABIO haben Proben aus den Disconsa-Läden getestet; in beiden Untersuchungen ergaben die Tests positive Ergebnisse von genetischer Verunreinigung. Die Analyse von Mais aus den Disconsa-Läden in Ixlán de Juárez durch INE/CONABIO zeigte Verunreinigungen von mehr als 37%. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Bauern Maiskörner aus Disconsa-Läden oder anderen Quellen in ihre Felder ausbringen, wenn ihnen von der Ernte kein Saatgut mehr übrig bleibt. Aufgrund der 37%-igen Verunreinigung des getesteten Mais aus Disconsa-Läden ist die Möglichkeit weitreichender nationaler Verunreinigung beträchtlich.

USA:

1. Das Ministerium für Landwirtschaft der Vereinigten

Staaten von Amerika (USDA)

Das US-amerikanische Landwirtschaftsministerium (USDA) ist als Regulierungsinstanz weitgehend verantwortlich für die allgemeine Überwachung und Kontrolle von genetisch modifiziertem (GM) Getreide. Während aber GM-Getreide nach bescheidenen oder gar keinen Testen zunehmend in den Markt drängte, saß das Ministerium abseits und reagierte allenfalls auf den Lobbyismus der BioTech-Industrie. Weil aber die Folgen für die Vereinigten Staaten ernsthaft genug sind, vertrauen viele Länder - unter ihnen Mexiko - auf die Vorgaben des USDA und übernehmen sie manchmal für sich selbst.

Kürzlich veröffentlichte die National Academy of Sciences einen Report über die USDA-Vorschriften zu genetisch veränderten Organismen (GMO). Er trägt den Titel: "Umweltfolgen durch transgenetische Pflanzen: Rahmen und Angemessenheit der Regulierung". Der Report kritisiert den Mangel an Transparenz des USDA bei GM-Versuchen mit Getreide und die "durchgehend oberflächliche" Analyse der möglichen Umwelteinflüsse und der Risiken für die menschliche Gesundheit.

Das USDA setzt auf die Bereitschaft der BioTech-Unternehmen, auf freiwilliger Basis die Ergebnisse der Testreihen mit GMO beeinflussten Getreide zu veröffentlichen. Dabei hat die Vergangenheit gezeigt, dass das nicht sonderlich schlau ist. So haben beispielsweise Untersuchungen von unabhängigen Instituten und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) in dem genetisch modifizierten Soja "RoundUp Ready", der US-amerikanischen Firma Monsanto, eine unvorhergesehene und mysteriöse DNA identifiziert. Monsanto erklärte die Herkunft dieser DNA nicht zu kennen und so wurde offensichtlich auch keine Analyse gefertigt, die die möglichen Einflüsse dieser mysteriösen DNA ermittelte.

2. Die Umweltschutzbehörde der Vereinigten Staaten von

Amerika (EPA)

Am 15. Oktober 2001 verlängerte die US-Umweltschutzbehörde, als Regulierungsinstanz für agrochemische Überwachung, die Genehmigung für sogenannten Bt-Mais um weitere sieben Jahre. Bt-Mais ist eine genetisch veränderte Maisart, die ein Protein, das Bt, enthält, das aus dem Bodenbakterium "Bacillus thuringiensis" isoliert wurde und eine spezifische Art von Insekten-Schädlingen tötet.

Genau dieser genetisch veränderte Organismus (GMO) wurde in Mais in Mexiko nachgewiesen.

Die Genehmigung wurde erteilt, trotz der Proteste von Bürgerinitiativen und -organisationen, die die Bedrohung für die Artenvielfalt und die menschliche Gesundheit beobachten und sich für nachgewiesene Alternativen, wie das "Integrierte Schädlingsbekämpfungs-Management", einsetzen. Ebenso wenig beachtete die EPA neuere Untersuchungen und Berichte über allernene Einflüsse durch Bt-Mais, die mittel- und langfristige ökonomische und genetische Lebensfähigkeit von Bt-Mais noch Studien zu möglichen Umwelteinflüssen. Nach wie vor handeln Unternehmen mit Bt-Mais auf dem Markt, unter ihnen Syngenta, Monsanto, Pioneer/Dupont und Dow. Merkwürdigerweise hat die EPA bei diesem Thema unterschiedliche Maßstäbe. So beschränkte sie GM-Baumwolle im Südosten der Vereinigten Staaten, um die genetische Kontamination von natürlichen und wilden Arten zu verhindern. Nur ist Baumwolle weder ein lebensnotwendige Lebensmittelpflanze, noch ist der Südosten ein Zentrum der Lebensmittelerzeugung.

Empfehlungen

Trotz der Auswirkungen der Kontamination in den ersten Ursprungszentren, haben weder die mexikanische Regierung noch die BioTech-Industrie angemessene Schritte eingeleitet, um das Problem zu lösen. Angesichts der ernsthaften Bedrohung durch die genetische Verunreinigung von Mais, muss Mexiko:

a. Alle US-Maisimporte stoppen.

Am 4. Dezember 2001 verabschiedete der mexikanische Senat eine Resolution, die den sofortigen Stopp aller Mais-Importe aus den USA forderte, um den Zugang von genetisch veränderten Mais zu verhindern. Die Resolution forderte den Generalsekretär der SAGARPA, Javier Usabiaga auf, alle US-Importe festzuhalten und dem Senat einen aktuellen Bericht vorzulegen, über die der laufenden Untersuchungen der Regierung zu Kontaminierungen durch GM-Mais. Bislang haben SAGARPA und Usabiaga weder Informationen über den Fortschritt der Untersuchungen vorgelegt, noch wurden Mais-Importe aus den USA gestoppt, im Gegenteil: die SAGARPA erlaubte jüngst der Firma Diconsa den Import von 69-tausend Tonnen Mais in den ersten vier Monaten des Jahres 2002. Und während Diconsa 69TSD Tonnen industriellen Mais aus den USA importiert, stehen zahllose mexikanische Produzenten ohne einen Markt da. Betrachtet man die Importzahlen der ersten vier Monate, werden die US-Mais-Importe durch Diconsa in diesem Jahr eine Rekordmarke erreichen. Kurzfristig ist die genetische Sicherheit des inländischen Mais abhängig vom Schutz vor Mais-Importen aus den USA. Nur ein Moratorium, das die US-Mais-Importe stoppt kann die weitere Verunreinigung der inländischen Saaten verhindern.

b. Das Cartagena Protokoll zur Bio-Sicherheit ratifizieren

Einschließlich Mexiko haben 128 Delegationen am 30. Januar 2000 im kanadischen Montreal im Rahmen der Konvention zur Biologischen Artenvielfalt (CBD) das sogenannte Cartagena Protokoll zur Bio-Sicherheit beschlossen. Das Protokoll ist ein notwendiger Schlüssel zum Schutz der weltweiten Artenvielfalt vor genetischer Verunreinigung. Das Protokoll enthält neben grundsätzlichen Regeln, wie den grenzüberschreitenden Umgang mit GMOs, die Frühwarnvereinbarung (Advance Informed Agreement) und das Vorbeuge-Prinzip, auch die Verpflichtung zur Auszeichnung von GM-Produkten und Vorschriften zur Trennung von natürlichen Stoffen. Obgleich dies noch nicht der endgültige Durchbruch einer Bio-Sicherheits-Gesetzgebung wäre, könnte die Ratifizierung des Cartagena Protokolls durch Mexiko eine minimale rechtliche Handhabe (einschließlich einer Regelung für den Umgang mit GMOs) für die Bio-Sicherheit bedeuten. In einem Land mit einem der weltweit breitesten Vorkommen von biologischen Arten und Kulturen, scheint die Debatte - trotz der Mais-Verunreinigungs-Krise - zur Zeit im mexikanischen Senat auf der Stelle zu treten. Mexiko muss das Protokoll zur Bio-Sicherheit ratifizieren, um minimale gesetzliche Vorgaben zu haben, mit denen man sich der Angriffe auf die Artenvielfalt, wie die genetische Verunreinigung von natürlichen Maisarten, erwehren

könnte.

c. Das Gesetz zur öffentlichen Gesundheit 82 ergänzen

Zur Zeit haben mehr als 35 Länder Gesetze verabschiedet oder angekündigt, die eine Auszeichnungspflicht für Lebensmittel mit GM-Bestandteilen vorsehen, oder die den Import von bestimmten GMOs verbieten. Diese Länder vertreten mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung. Bei einer Umfrage durch Sigma Dos und Greenpeace Mexiko erklärten 88% der befragten Mexikaner im August 2001, daß sie eine Auszeichnungspflicht für GM-Produkte wünschten. ZurZeit wird im mexikanischen Senat eine Ergänzung zum Gesetz zur öffentlichen Gesundheit 82 beraten, die eine Auszeichnungspflicht für Produkte mit genetisch veränderten Bestandteilen vorsieht. GM-Getreide ist grundsätzlich gefährlich, sei es durch mögliche Gesundheitsrisiken, wie allergische Reaktionen, Resistenzen gegen Antibiotika, unerwartete Toxizität, und verminderte Nährwertqualität. Die Ergänzung zum Gesetz zur öffentlichen Gesundheit 82, das die Auszeichnungspflicht für GM-Produkte verlangt, ist äußerst wichtig um die mexikanische Bevölkerung vor möglichen gesundheitlichen Folgen durch den Einsatz von GMOs zu schützen.

Zudem würde die Auszeichnungspflicht für GM-Produkte durch den Zusatz zum Gesetz zur öffentlichen Gesundheit 82, zu einer wichtigen und Rechtsgrundlage für die Durchsetzung des Protokolls zur Bio-Sicherheit schaffen.

d. Den § 420 des Strafgesetzbuches klären und durchsetzen

Der mexikanische Bundes-Anzeiger (Diario Oficial) veröffentlichte einen Änderungsantrag zum Strafgesetzbuches, der den Import, Vertrieb, Transport und die Herausgabe von GMOs verbietet. Diese Änderung des Paragraphen 420 des Strafgesetzbuches schreibt die Trennung und die folgende Auszeichnung von

allen GMOs in Mexiko vor. Diese Änderung erscheint als wirkungsvoller Fortschritt auf dem Weg zu einer mexikanischen Bio-Sicherheits-Gesetzgebung, die eine solide Grundlage wäre, um das Cartagena Protokoll zur Bio-Sicherheit zu ratifizieren. Leider ist unklar wie diese Änderung durchgesetzt werden soll und wer sie durchsetzt. Das führt automatisch zur Frage, wie effektiv eine Änderung ohne entsprechende Durchführungsbestimmungen sein kann.

Im Paragraf 420 müssen auch Haftungsfragen geklärt werden. So dürfen Bauern, die Opfer von "genetischem Staubflug" oder genetischer Verunreinigung durch Pollenflug von benachbarten Feldern, aus der Haftung durch die Änderung des Strafgesetzbuches genommen werden. In der Vergangenheit waren Farmer in den USA und Kanada nicht nur von genetischer Verunreinigung heimgesucht worden, sondern nachfolgend auch durch Rechtsstreitigkeiten mit BioTech-Unternehmen, wie Monsanto.

Die Änderung des Paragrafen 420 des Strafgesetzbuches kann nur dann von Nutzen sein, wenn er Klärung in den Fragen der Durchsetzbarkeit und den Haftungsfragen bringt.

e. Ein absolutes Moratorium zur Verbreitung von GMOs in Mexiko erklären

Während es ein Moratorium zum kommerziellen Anbau von GM-Feldfrüchten, außer GM-Baumwolle, gibt, hat Mexiko im letzten Jahrzehnt mehrere Dutzende GM-Versuchspflanzungen durchgeführt, darunter waren 34 Versuche mit Mais. Obgleich Mexiko 1998 die Versuche mit Mais verbot, wurden andere Versuche mit GM-Saaten

fortgeführt. Für Mexiko, als ein Land mit einer riesigen Artenvielfalt und als Herkunftsort für über 100 Pflanzen- und Tierarten, ist es äußerst wichtig, die Versuche mit GM-Anbauten zu beenden und die Vermarktung zu stoppen, um eine weitere genetische Kontamination von anderen Spezies zu verhindern.

Mexiko muß den Anbau von GM-Feldfrüchten im eigenen Land verbieten.

f. Lokale Bauern unterstützen und die nationale Lebensmittelsicherheit garantieren

Maisimporte sind nicht nur eine erste Quelle für die genetische Verunreinigung, sie sorgen auch für die ökonomische Verdrängung lokaler Bauern und verringern die genetische Vielfalt von Tausenden heimischen Maissorten. Als Folge von Strukturanpassungspolitik und Freihandelsvereinbarungen, wie der NAFTA, ist der mexikanische Landwirtschaftssektor systematisch abgebaut worden. Und das, obwohl Mexiko die Kapazität hat, sich selbst mit Getreide, speziell mit Mais zu versorgen. Drei Millionen mexikanische Bauern bauen in ihrer gewaltigen Mehrheit auf ihren Äckern Mais an, aber sie werden von der Regierung und in den Subventionsprogrammen vernachlässigt. Momentan können nur eine Handvoll Länder, wie Brasilien, die Lücke mit GM-freiem Mais schließen, während Mexiko in die nationale Selbstversorgung und eine umfassende Lebensmittelsicherheit investiert.

Echte Lebensmittelsicherheit bedeutet die Fähigkeit die nationale Nachfrage zu befriedigen und das mit einer sozial und ökologisch zukunftsfähigen Landwirtschaft. Mit dem Verkauf vom heimischen Mais für den nationalen Verbrauch könnte Mexiko die Armut in den ländlichen Gebieten mindern, die genetische Vielfalt der lokalen Maisarten erhalten und die nationale Nachfrage für Mais befriedigen, das mexikanische Grundnahrungsmittel.

>6. Saaten der Unzufriedenheit

Von Meena Menon und Nityanand Jayaraman. CorpWatch Indien.

Übersetzung: Bernt Lampe. Freiwillige ÜbersetzerInnen cooditrad@attac.org (*)

"Wir verpflichten uns zu Transparenz dadurch, dass wir veröffentlichte wissenschaftliche Daten und zusammenfassende Daten über Produktsicherheit und -nutzen öffentlich verfügbar und zugänglich machen und wir verpflichten uns, nach streng wissenschaftlichen Regeln zu arbeiten, wie sie von den entsprechenden Regierungsstellen weltweit gefordert werden." - Monsanto's Anspruch

GMO-Feldversuche in Indien.

Der Plan ist unheimlich ähnlich. Verzweifelte Bauern, schädlingsbefallene Felder, ein Markt mit endloser Nachfrage, der denen, die liefern können Reichtümer verspricht, und eine magische Technik, die alle Übel zu heilen verspricht. Vor weniger als einem halben Jahrhundert war die Grüne Revolution das Allheilmittel. Jetzt ist es die Gen-Revolution. Gen oder Grün, die Anbieter der Revolution sind die gleichen - multinationale Chemiefirmen wie Monsanto und Novartis.

Die Bestrebungen des US-amerikanischen Chemieriesen Monsanto - vertreten durch seinen indischen Partner Mahyco - in Indien die Genehmigung für die den kommerziellen Gebrauch der genveränderten Bt-Baumwollsaamen zu erhalten, ist in heftige Kritik geraten. Baumwolle, eine schädlingsanfällige Pflanze, wird in Indien weit verbreitet angebaut. Monsanto hofft, dass seine genveränderte Variante, als 'bollard' cotton bekannt, den Markt beherrschen kann. Monsanto's Baumwolle trägt ein Gen des natürlich auftretenden giftigen bakteriellen Bazillus Thuringensis. Indem dieses abgespaltene Gen in die Genstruktur der Baumwolle eingefügt wurde, wird die Pflanze für den Baumwollkapselkäfer, einen berüchtigten Baumwollschädling giftig.

Kritiker der Behandlung der Beurteilung der Bt-Baumwolle durch die Regierung behaupten, dass die Regierung ernsthafte Unregelmäßigkeiten und Sicherheitsverstöße gebilligt hat. Sie beklagen, dass es dem Prozess an Transparenz und öffentlicher Diskussion mangelt und dass die Regierung weder den politischen Willen noch die technischen und infrastrukturellen Fähigkeiten besitzt, diese kontroverse Technik zu überwachen oder zu regulieren.

Nach einer Periode von vier Jahren Auseinandersetzungen und im Geheimen geführten Verhandlungen ist die Regierung bereit, die kommerzielle Anpflanzung von Monsanto's Bt-Baumwolle zuzulassen.

Monsanto ist seit 1949 in Indien tätig und ist Marktführer für landwirtschaftliche Chemikalien. Es betreibt drei indische Tochtergesellschaften: Monsanto India, Monsanto Enterprises, und Monsanto Chemicals und erwarb 1998 26 % Anteil der indischen Saatgutfirma Mahyco. Ein Firmenprofil von Monsanto kann man von www.genewatch.org herunterladen.

Tödliches Gewebe

Ironischerweise ist es Baumwolle - das Musterkind der misslungenen Grünen Revolution - die das Genzeitalter in der indischen Landwirtschaft einläuten soll. Mehr als 50 % des gesamten indischen Pestizidverbrauchs wird auf Baumwollpflanzen gesprüht. Das hat tödliche Opfer von Landwirtschaft und Landwirten gefordert.

Nach dem in Neudelhi arbeitenden Experten für Lebensmittel- und Handelsexperten Devinder Sharma haben sich mehr als 10 000 Baumwollarbeiter seit der Einführung des Pestizids vierter Generation namens synthetisches Pyrethroid vor 20 Jahren getötet. Landwirte fingen sich in dem Teufelskreis von Schulden, die sie aufnehmen um Pestizide, Dünger, Wasserpumpen und Hybridsaatgut zu kaufen. Für viele ist der einzige Ausweg aus der Schuldenfalle, das Gift zu schlucken, das sie mit dem Darlehen gekauft haben.

In diesem Jahr setzt sich der Zyklus der Selbstmorde fort, wo umfangreiche Missernten die schon überschuldeten Landwirte aus Punjab im Norden bis Karnataka im Süden niederschmetterten. Zu einer schnell wirkenden Lösung gezwungen, springt die Regierung von Indien auf den Biotechnikzug. Schätzungen geben dem Markt für Biotechnologie \$ 2,5 Mia.

Kritiker behaupten,... die Regierung hat ernsthafte Unregelmäßigkeiten und Sicherheitsverstöße gebilligt... dem Prozess mangelt an Transparenz und öffentlicher Diskussion und die Regierung besitzt weder den politischen

Willen noch die technischen und infrastrukturellen Fähigkeiten diese kontroverse Technik zu überwachen oder zu regulieren.

Hinter verschlossenen Türen

Im April 1998 wurden die ersten Feldversuche von Bt-Baumwolle durch das Prüfkomitee für Genmanipulationen (Review Committee on Genetic Manipulation - RCGM) des indischen Biotechnologieministeriums (Department of Biotechnology, - DBT) genehmigt

Nach Afsar H. Jafri, Programmkoordinator der Forschungsstiftung für Naturwissenschaften, Technologie und Ökologie, war das eine prozedurale Regelwidrigkeit. Das Prüfkomitee, das den Import von Bt-Samen 1995 genehmigt hatte, war nur berechtigt, geschlossene gentechnische Experimente zuzulassen - in Laboratorien und Gewächshäusern. Genehmigungen für Feldversuche, sagt Jafri, hätten durch das Gentechnologie-Genehmigungs-Komitee (Generic Engineering Approval Committee, GEAC) erfolgen müssen.

Die Forschungsstiftung, die von dem bekannten Globalisierungskritiker Dr. Vanada Shiva geleitet wird, brachte die Angelegenheit vor das indische Höchste Gericht (Supreme Court), wobei er die angeblich "illegalen" Feldversuche anfocht. Ehe der Fall entschieden wurde, wurden im Juli 2000 großräumige Feldversuche diesmal von dem Gentechnologie-Genehmigungs-Komitee GEAC genehmigt. Dr. Manju Sharma, Sekretärin des Biotechnologieministeriums, sagte, die Entscheidung sei aufgrund von Auswertungen der Daten der kontroversen beschränkten Feldversuche getroffen worden. Nach Dr. Sharma sind die Ergebnisse "völlig geheim" aber sie erlaubten eine "klare Schlussfolgerung" dass Bt sicher sei.

Bis heute sind keine Daten, die Monsanto ermittelt hat, veröffentlicht worden. Die Genehmigung für kommerziellen Anbau drohte im vergangenen Jahr. Am 18. Juni 2001 wurde von GEAC ein offener Dialog aufgrund öffentlichen Drucks ausgerufen. An dem Treffen nahmen Greenpeace, Wissenschaftler, Beamte und Landwirte teil. Fragen zu wissenschaftlichen Aspekten von Bt-Baumwolle wurden abgelehnt und keine Primärdaten wurden zur Entgegnung der Vorwürfe von Greenpeace genannt.

Das Gentechnologie-Genehmigungs-Komitee ordnete allerdings vor einer Entscheidung eine einjährige Verlängerung der Feldversuche von Bt-Baumwolle an. In einer Pressenotiz sagte das Komitee, die Daten der Pflanzung der Bt-Baumwolle lägen zu spät, in manchen Fällen um drei Monate. Als Ergebnis der späten Pflanzung sei die Schädlingsbelastung gering und die Ertragswerte und der landwirtschaftliche Nettovorteil, der aus dem Versuch abgeleitet wurde, könne nicht den echten Wert wiedergeben, argumentierten Mitglieder des Komitees.

Diesmal werden die Versuche unter der direkten Aufsicht des indischen Rats für Landwirtschaftliche Forschung (Indian Council of Agricultural Research - ICAR) durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Versuche liegen, wie verlautet, der Regierung vor. [Seit dieser Bericht geschrieben wurde, deuten Nachrichten darauf hin, dass ICAR auf die Tests positiv reagiert hat und dass die Regierung die kommerzielle Nutzung von Bt-Baumwolle demnächst ankündigen wird. - CWI-Herausgeber]

Was Monsanto betrifft, liegt der Ball auf der Seite der Regierung. "Alle Daten wurden systematisch von Mahyco wie verlangt aufgezeichnet und den betreffenden Behörden unterbreitet," sagt Ranjana Smetacek, der Direktor für Regierungs- und öffentliche Angelegenheiten bei Monsanto. "Wenn Sie von diesen Regierungsstellen sprechen, dann nehme ich an, dass sie einem Protokoll unterstehen und sich daran halten" DBT-Sekretärin Dr. Sharma lehnte es ab, mit CorpWatch India zu sprechen.

Die Ergebnisse der zweiten Großversuche auf 100 Hektar müssen noch zutage kommen. Aber die Entscheidung Bt-Baumwolle zu kommerzialisieren ist gefallen.

Nach Dr. Sharma waren die Ergebnisse der letzten Versuchsrunde für Bt-Baumwolle, die im letzten Juni veranlasst worden war, befriedigend. Sie sagte der nationalen Tageszeitung Indian Express in Bangalore, dass es Sache des GEAC und des Ministeriums für Umwelt und Forstwirtschaft sei, den Zeitpunkt der Kommerzialisierung festzulegen.

Eine überraschende Wendung

Bald nachdem Gruppen öffentlichen Interesses gegen die Eile der Regierung, die Genehmigung von Bt-Baumwolle zu beschleunigen, vor dem obersten Gericht Einspruch erhoben, nahm die Baumwoll-Kontroverse eine interessante Wendung. Im Januar 2001 traf eine 10-köpfige US-Delegation aus Richtern und Wissenschaftlern mit dem obersten Richter des Obersten Gerichts A. S. Anand in Neudelhi zusammen. Nach einem Bericht in der nationalen Tageszeitung The Hindu war der Gegenstand des Treffens mit dem obersten Richter, ihn und die richterliche Bruderschaft von den Vorteilen der Biotechnologie zu überzeugen. Die Delegation war von dem US-amerikanischen gemeinnützigen Einsteininstitut für Wissenschaften, Gesundheit und die Gerichte (Einstein Institut for Science, Health and the Courts) organisiert worden.

In einer Antwort an The Hindu leugnete der Direktor des Einsteininstituts Dr. Franklin, der die Delegation leitete, dass das zweistündige Treffen die Richterschaft beeinflussen sollte. Er sagte, es sollte die (den) Richter über die Grundprinzipien öffentlicher Information zum Gebrauch von Gerichten und gerichtlichen Systemen aufklären. Die Delegation bot an, für Richter der indischen obersten und hohen Gerichte Workshops zu halten, um sie über Transgenik und Sicherheitsprotokolle in biotechnischer Forschung aufzuklären.

Aus The Hindu, 5. Januar 2001, Neudelhi:

Wer weiß was für Landwirte gut ist?

Die Regierung hat - so scheint es - sich schon lange entschlossen. Sie hat praktisch die heftige Anti-GMO-Kampagne ignoriert. Im November 1998 brannten Landwirte des südlichen Staates Karnataka ein Feld ab, auf dem heimlich Bt-Baumwolle von Monsanto-Mahyco getestet wurde. Diese direkte Aktion, die die Kampagne "Operation Cremate Monsanto" (Operation verbrennt Monsanto) lancierte, hatte die volle Unterstützung des Landwirtes Basanna Hunsole, des Eigentümers des Testfeldes.

Hunsole sagt, Monsanto habe ihm nur erzählt, dass die Samen gute Ergebnisse bringen würden und ihm Information über die gentechnische Veränderung der Saat vorenthalten. Hunsole fügt hinzu, dass die Bt-Baumwolle "miserable" Ergebnisse bringe verglichen mit den traditionellen Varianten, die er in den benachbarten Feldern angebaut hat.

In diesem Jahr setzte sich die Serie von Suiziden fort, da Ernteausfälle in hohem Maße die von Schulden belasteten Baumwollbauern niederdrückten. ...

Vijay Jhawndia von der Landwirtschaftsorganisation Shetkari Sanghatana in Maharashtra stimmt dem zu. Seine Besuche von Testfeldern in Wardha in Zentralindien haben ihm, so sagt er, den Eindruck gemacht, dass die Ergebnisse und die Schädlingsresistenz von Bt-Baumwolle weit übertrieben wird. "Ich meine, Bt-Baumwolle hat in Maharashtra versagt und dies muss öffentlich diskutiert werden," sagt er "die Wissenschaftler sollten einige Fragen beantworten - warum versagt Bt-Baumwolle dort, wo andere Sorten sich bewähren?"

Solange die Auseinandersetzung anhält, schafft die Regierung zunehmende Bedenken unter ihren Kritikern, indem sie ihre Unfähigkeit oder Unwilligkeit, wie manche meinen, preisgibt, den Eingang und die Ausbreitung gentechnisch modifizierter Organismen zu überwachen und zu regulieren. Die Bedenken nehmen düstere Formen an angesichts des wachsenden Ausmaßes von Anzeichen auf irreversible Auswirkungen genetischer Verunreinigungen traditioneller und wilder Pflanzensorten.

Gene Campaign, eine neue Organisation in Neudelhi, hat eine Eingabe an das Hohe Gericht gemacht, mit der sie die Regierung der Nachlässigkeit beschuldigt, weil sie den Anbau von Bt-Baumwolle in großem Maßstab gestattet. Die Eingabe, der vom Gericht statt gegeben wurde, fordert, dass GMOs erst zugelassen werden, nachdem eine streng ordnungspolitische Prozedur und eine Auswertung durch eine unabhängige ordnungspolitische Agentur (nicht durch die von der Regierung gesteuerte GEAC) durchgeführt wurden.

Ungeachtet seiner nachgewiesenen Unfähigkeit, hat die Regierung versprochen 20 gentechnisch veränderte Feldfrüchte für den kommerziellen Anbau zuzulassen.

Kontakte zu diesem Artikel:

CorpWatch India - PO Box 29344 - San Francisco, CA 94129 USA - Tel: 415-561-6472 Fax: 415-561-6493 -

URL:<http://www.corpwatchindia.org> - Email: india@corpwatch.org

CorpWatch India ist ein Projekt von CorpWatch: "Holding corporations accountable locally and globally" ("Firmen verantwortlich machen - lokal und global")

> 7. Die Multinationalen Firmen stürmen das Privatleben

Von Marc Laimé

Übersetzung: Beatrice Byer, Katharina Wesenick, Hildegard Tischer. Freiwillige ÜbersetzerInnen cooditrad@attac.org (*)

Die Vermarktung unserer Intimität droht im 21. Jahrhundert zur Frontlinie des Wirtschafts-krieges zwischen den entwickelten Ländern zu werden. Der Aufschwung der neuen Techno-logien hat die Organisation und die Arbeitsweise der Firmen quer durch die Branchen veränd-ert. Die Aneignung persönlicher Daten von Millionen von Menschen hat weltweit bisher unbekannte Proportionen angenommen. Sie bildet einen wesentlichen strategischen Ansatz-punkt der Konzerne, die um die Welt wetteifern. Unter dem Druck der Lobbys scheinen die Gesetze zum Schutz des Privatlebens der Diktatur des Marketings nachzugeben. Der "Kunde" wird der neue Sklave des kommenden Jahrhunderts sein.

Sie haben eine Vision, und sie sind entschlossen, ihre Aktionäre von dieser Vision zu über-zeugen. "Bald wird es nur noch einen Zugang im Haushalt geben zu Bildern, Multimedia, Internet und Stimme", versicherte Jean-Marie Messier 1997. Seitdem gibt sich der Chef von Vivendi-Universal (früher Compagnie Générale des Eaux, größte französische Wasserversor-gungsgesellschaft) alle Mühe, dieses Ziel zu verwirklichen, indem er sich aus den Kassen des Fernsehsenders Canal + bedient und sich auf die Einnahmen aus der Wasserversorgung und auf das politische Netzwerk, das er sich erkaufen konnte, stützt. Sein bislang letzter Schritt, die Übernahme von Seagram durch Vivendi, katapultierte Messiers Gruppe auf Platz zwei der Weltranglist e im Kommunikationssektor. [1]

Sein direkter Konkurrent meint, die Schlüssel zum Tresor schon in der Hand zu haben: "Die Menschen sind von unseren Produkten abhängig, um ihren Alltag zu organisieren, und denen, die von ihrer unendlichen Langeweile befreit werden wollen, werden wir Geschichten erzäh-len", erklärte Gerald Levin, Chef von AOL-Time Warner der New York Times. [2]

Seine "Vision" hatte er bereits ein Jahr zuvor, in der Euphorie der Fusion von Time Warner und AOL, ausgedrückt: "Die globalen Medien werden das Business des 21. Jahrhunderts sein", freute er sich. "[Sie] werden gewichtiger als Regierungen sein. Wichtiger als Bildungs-institutionen und Verbände." Und er steckte sein Ziel noch höher: "Wir werden sehen, dass all diese Berufsgruppen sich als Instrumente der öffentlichen Dienstleistungen umdefinieren werden (...), und das wäre eine wirksamere Möglichkeit, um die Probleme der Gesellschaft zu lösen, als die Regierung."

Aber Messier plaudert aus dem Nähkästchen: " Um die Gewinnspannen zu erhalten, muss man die ganze Kette beherrschen: Inhalt, Produktion, Vertrieb und den Bezug zum Abonnen-ten" Es reicht nicht, Musiker - von Aznavour bis Zebda - Zeitungen, Verlage, Anbieter für Festanschluss- und Mobiltelefone, Fernsehkanäle und -satelliten, Spielkonsolen oder online-Informationen usw. anzuhäufen. [4] Denn trotz dieser Angebote könnte der Kunde mit der Konkurrenz liebäugeln ...

Abonnentenbindung, und zwar möglichst von seinen Kindesbeinen an, heißt vor allem, über eine gute Datenbank zu verfügen und zu wissen, wie man diese ausnützt. Hier kommen die Gurus der "Kundenverwaltung" (customer relationship management, CRM) zum Zuge. Deren Devise lautet: Die beste Methode, um Kunden zu behalten, ist, ihnen die Zeit nicht zu stehlen. Diese Doktrin wird von einem ihrer überzeugtesten Anhänger, Seth Godin, Vizepräsident des Direktmarketings von Yahoo! ganz groß geschrieben. Seiner Ansicht nach führt die Umkehrung des Machtverhältnisses zwischen Unternehmen und Kunden dazu, dass man sehr vor-sichtig ist, bevor man ein neues Produkt lanciert. Man muss von nun an "anfragen": "Der Mangel an Zeit und Aufmerksamkeit der Bürger im Informationszeitalter ist beispiellos. Die Konsumenten akzeptieren es, mehr zu zahlen um Zeit zu gewinnen, während die Marketing-abteilungen ein Vermögen ausgeben, um ihre Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen", schrieb er 1999 in seiner Arbeit "Permission Marketing". [5]

Die Instrumente des CRM

Um dem Kunden nicht "die Zeit zu stehlen", stützen sich die Marketingexperten auf die von Marktforschungsunternehmen aufgebauten riesigen Datenbanken mit privaten Daten. In Frankreich verschicken Unternehmen wie Claritas, Consodata oder Cofinoga seit langem Fra-gebögen über das Konsumverhalten in die Briefkästen, die manchmal bis zu 200 Fragen beinhalten. Die Antworten bereichern die Datenbanken von Claritas und werden mit dem Konsumverhalten von 4 Millionen Haushalten verglichen, oder sie können den Konsum der letzten zehn Jahre von vier Millionen Franzosen, die eine Cofinogakarte besitzen, analysieren. In den Vereinigten Staaten sammelt die Firma Abacus seit zehn Jahren für 1100 Versandhändlern die Bestellungen jedes amerikanischen Haushalts. Sie behauptet, über Informationen von ungefähr 90 Millionen Haushalten zu verfügen.

Der Analyse dieser Daten oder "Datamining" kommt heute die rasend schnelle Entwicklung der Datenverarbeitung zugute. So lassen sich in einem "Datawarehouse" oder einem Datenspeicher dank einer spezieller Software aufwändige Rechenoperationen in einer Zehntelsekunde durchführen. Die Firma Claritas hat ein solches Softwarepaket seit dem 1. Januar 2001 in Betrieb.

"Früher stand das Produkt im Mittelpunkt der globalen Strategie und der Marketingüberlegungen der Firma, heute ist es der Kunde", erklärt Didier Perraudin, Verkaufsleiter der Firma Marceletic, einer Tochter des Werbeunternehmens DDB, das sich auf CRM spezialisiert hat und sich damit brüstet, das CRM der "zweiten Generation" eingeleitet zu haben.

Dank der "Selling Force Automation" (SFA) oder Automatisierung des Verkaufs haben die Verkaufsmitarbeiter einer Firma in Echtzeit Zugriff auf die Konten ihrer Kunden, auf Preislisten, Lager, Terminkalender und potenzielle Kunden. Es ist also die ganze Struktur der Unternehmensabläufe, die sich angeblich weiterentwickelt, und zwar dank des Arsenal an elektronischen Werkzeugen, die die Umsetzung des CRM erleichtern werden.

Das Ziel ist klar: Die bestehenden Daten sollen zusammengeführt werden, damit die Unternehmen weniger Botschaften an einen Kunden richten müssen und gleichzeitig höhere "Treffquoten" erzielen können. Alle Kommunikationswege und Unternehmensbereiche gruppieren sich so in Echtzeit um die neuen Instrumente des CRM. Kein Telefonat, kein Brief, keine Unterredung, keine von riesigen Web-Callcentern empfangene Nachfrage über das Internet darf dem CRM entgehen.

Es geht darum, durch unablässige Vergleiche und Verarbeitung der Daten in Echtzeit alles über einen Kunden zu wissen. Feststellen, wo er gewöhnlich einkauft, wann und warum. Ziele am jeweiligen Profil ausrichten. Ausmachen, welcher Kunde bereits kauft und welcher in Zukunft kaufen wird. Den günstigen Zeitpunkt ausnutzen, indem alle Marketinginstrumente mit den Verkaufsstellen gleichgeschaltet werden. Den Informationsfluss organisieren und bündeln, um eine ausgeklügelte Zuordnung der Konsumentenprofile zu bekommen und ihren potenziellen "Mehrwert" herauszulocken.

In Frankreich investieren bereits die Société Générale, die BNP (Banque Nationale de Paris), die Allianz-Gruppe, die großen Versandhäuser sowie die Telekommunikationsanbieter und die Mediengruppen massiv in die neuen Instrumente des CRM. Die amerikanische Firma Siebel, weltweit Marktführer in CRM-Lösungen, verdoppelt jedes Jahr ihren Umsatz. 1993 gegründet, beschäftigt sie 6.000 Personen und kann eine Kapitalisierung von 35 Milliarden Dollar verzeichnen. Laurent Carrière, Vertriebsleiter bei Siebel Frankreich, beschreibt den CRM-Markt

im Oktober 2000 so: "Die Industrialisierung des Handelsablaufs betrifft a priori alle Geschäftsbereiche: pharmazeutische Produkte, Auto, Energie oder auch die Maschinenindustrie." Und er fügt hinzu, dass öffentliche Aufträge "am Ende der größte Markt (...)" sein würden. "Je sozialistischer das Land, desto riesiger ist der Markt." Den Schlüssel dazu hat sieht er in "Senkung der Bearbeitungskosten und eine größere Kundenzufriedenheit". [7]

Für Dominique Monera, verantwortlich für Marktforschung und Direktmarketing beim Crédit Lyonnais, erlaubt das "Datamining" von 6 Millionen Kunden seiner Bank, zu "wissen, welche die größte Finanzkraft haben, also ihr Verhalten in Bezug auf bestimmte Produkte zu planen". "Wir stellen also eine Tabelle ihrer Neigungen, Käufe, Konsumwünsche zusammen, ja, wir können sogar voraussagen, wann die Kunden eventuell zur Konkurrenz gehen." [6]

Die französischen Banken eröffnen keine Filiale mehr, ohne vorher eine Studie bei einer Firma in Auftrag gegeben zu haben, die sich auf Milieudaten spezialisiert hat. In diesem Fall wird es darum gehen, im Voraus die beruflichen und gesellschaftlichen Profile des betreffenden Einzugsbereiches aufzustellen, um das Spektrum der Dienstleistungen, das man ihnen je nach ihrem Konsumpotenzial anbietet, entsprechend abzustimmen.

Das Internet - Spielwiese für Marketing und Werbung

Das rasante Wachstum des Internets, die Versprechungen des E-Commerce und die Aussicht auf die ständige Mobilität, die sich aus dem Mobilfunk ergeben haben, erwecken in der Branche ein gesteigertes Interesse, was die Beherrschung und Rentabilisierung des "Customer Relationship" dieser neuen Dienstleistungen angeht.

Jede E-Mail-Adresse, die ein User ahnungslos einem Internetanbieter liefert, ist Gold wert. Für nahezu alle im Netz vertretenen Akteure ist der Verkauf von Adressen eine wesentliche Einnahmequelle. Auch für die Provider kostenloser Internetanschlüsse. Die Informationen, die sie über ihre Nutzer besitzen, bilden ihr Kapital und Haupteinnahmequelle. Sie sind es, die - wenn sie erst einmal sortiert sind - es den Anbietern ermöglichen, Werbebanner an Anzeigenkunden zu verkaufen: Banner, die gezielt eingesetzt werden nach Alter, Geschlecht, Beruf oder jedem anderen Kriterium, das der Surfer angegeben hat, um in den Genuss der "kostenlosen" Leistung zu kommen, die ihm angeboten wird. Füllt er den Fragebogen nicht aus, kann ihm der Zugang zu dieser Leistung verweigert werden.

Eine andere Vorgehensweise besteht darin, das Kaufverhalten eines Surfers ohne dessen Wissen, vielmehr anonym, zu erforschen, indem man seinen Weg an jedem Mausklick entlang ("click-stream tracking") speichert. Man spricht dann von "Gruppenfilter": Der Händler empfiehlt dem Kunden eine neue Dienstleistung oder ein neues Produkt, indem er sich auf die "Erfahrung" mit anderen Surfern stützt, die ein ähnliches Profil haben. Die Kombination der angegebenen Daten und denen, die sich aus dem Verhalten ergeben, erlauben es, ein differenzierteres Bild des Surferprofils zu erhalten.

Diese verschiedenen elektronischen Karteikarten werden anschließend an Unternehmen für Direktmarketingmaßnahmen weitergegeben. Über diesen Umweg erhalten die Internetnutzer unverlangte Post, die sie dazu bringen soll, eine kommerzielle Internetseite zu besuchen oder einen online-Katalog zu betrachten. Hervé Simonin, Geschäftsführer von Freesbee, einem Provider für kostenlose Internetanschlüsse, machte so 1999 in der Monatszeitschrift "Web Magazine" deutlich: "Wenn ein eingetragener Nutzer unseres Dienstes eine Adresse in seinem Browser eingibt, vergleicht ein Programm diese Adresse mit einer Liste wie zum Beispiel der von Yahoo! Auf diese Weise wissen wir, welche Themen zu dieser Adresse gehören: allgemeine Informationen, CD-Verkäufe usw. Auf diese Weise können wir Verhaltensprofile erstellen." Solche Daten werden anschließend an Firmen weiterverkauft, denen daran gelegen ist, die Lebensumstände ihrer Konsumenten kennen zu lernen.

Usadata.com, amerikanischer Händler elektronischer Adresslisten, ist in der Lage, die Adressen der Surfer nach Alter, Einkommen, Anzahl der Kinder, Wert der Wohnung usw. auszuwählen. Er bietet sogar Namenslisten nach Kategorien an: Kreditkarteninhaber, Student, Teilnehmer an Wohltätigkeitsaktionen, Personen mit geringem Einkommen, Personen, die Informationen über Firmen suchen oder die schnell reich werden wollen usw. Er geht sogar so weit, die Adressen nach "ethnischer" Herkunft zu sortieren ...

Das Geschäft mit persönlichen Daten hat sicherlich nicht auf die Ankunft des Internets gewartet, es hätte auch so existiert. Aber dank des Internets kann eine Firma eine Werbebotschaft per E-Mail auf den Weg bringen, deren Kosten nicht über ein paar Centimes hinausgehen, während ein Mailing auf dem Postweg fünf Francs kostet (ca.

0,80 Euro, Anm. d. Ü.). Die amerikanische Firma PostMasterDirect.com besitzt an die vier Millionen Adressen von Privatleuten, die in über 3.000 Listen nach Interessensgebieten zusammengefasst sind. Jede Adresse wird für 60 Centimes verkauft. Die Firmenadressen bringen mehr ein: etwa 1,50 Francs pro Name. PostMasterDirect versichert, bereits über 2,5 Millionen Adressen aufgenommen zu haben, und teilt sich den Gewinn dieses äußerst expandierenden Gewerbes mit einer anderen Internetfirma, die besagte Firmenliste besitzt.

Privatleben zu versteigern

Es zeichnen sich also zwei Bewegungen ab: der Aufstieg der Datenbanken, in denen private Verhaltensmuster und Millionen von namentlich identifizierbaren Daten gespeichert sind, sowie eine Vermehrung der Instrumente: Mikrochips für Laptops, Bankkarten, Krankenversicherungskarten, Prozessoren, die das Einloggen in Firmen oder Computern möglich machen, E-Mail-Adressen ..., alles Informatik-Support, der zu einer immer größeren Anbindung an das Netz der Netze führt und der alle Bewegungen, Kontakte, Transaktionen und Käufe nachvollziehen und speichern kann.

Dieses ungeheure Potenzial hat natürlich den Appetit und die Fantasie der Marketingexperten angeregt, für die das Internet und die mobile Kommunikation eine fantastische Spielwiese darstellen; ein perfekter Nährboden für Experimente jeder Art.

Angesichts eines Publikums, das von einer stetig wachsenden Masse an Informationen ange-lockt wird, haben sich die Werbeleute überlegt, die Aufmerksamkeit der Konsumenten zu belohnen. Mobiltelefonanbieter können ihren Kunden täglich 15 Freiminuten bieten, wenn diese im Gegenzug akzeptieren, sich alle zwei Stunden 10 Sekunden Werbung anzuhören.

Seit 1997 stellt die Start-up Firma Cybergold.com auf ihren Websites Platz für die verschiedensten Werbeanzeigen zur Verfügung. Wenn der Nutzer auf ein Angebot im Wert von einigen Dollar eines Anbieters von Computerzubehör eingeht, tut sich ein Fragebogen vor ihm auf, den er ausfüllen muss. Daraufhin wird man ihn einladen, ein Spiel zu spielen oder eine andere Seite zu besuchen. Im Gegenzug zu dem Geschenk von einigen Dollar bekommt der Surfer einen Wert in Form von "Cybergeld". Dieses Geld kann er auf anderen Sites ausgeben oder es wird einer Kreditkarte gutgeschrieben, die ein großer Vertreiber ausgestellt hat, mit dem die Firma einen Vertrag abgeschlossen hat. (...) Die Firma Cybergold erhält Prozente für jeden User, den sie auf eine Seite des jeweiligen Inserenten geführt hat.

Die Marketingexperten machen immer mehr solcher Angebote. Eine unerbittliche Logik liegt ihrer Strategie zugrunde: Die Sonderangebote einer Firma oder jede Werbung, die wir sehen, wird so zu einer "gewünschten", personalisierten Werbung, zugeschnitten auf unser Profil, das wir freiwillig von den Werbefachleuten des sogenannten "permissive marketing" von uns zeichnen lassen haben.

Ein E-Marketing-Spezialist bestätigt das gewaltige Potenzial dieser Strategie: "Auf diese Angebote erreicht man einen Rücklauf von 25%, während sich der Rücklauf über die simple E-Mail-Werbung bei 0,01 % bewegt". Darüber hinaus scheinen "CMR" und das "permissive marketing" den verrücktesten Träumen der Wirtschaft Realisierungsmöglichkeiten zu geben. Wie zum Beispiel der Möglichkeit, den Preis je nach Kunden zu bestimmen. So berichtete die Washington Post im Jahr 2000 über die Enttäuschung eines Kunden, der die Seite Amazon.com in flagranti beim "dynamic pricing" erwischt hat. Kurz nachdem er die Daten von seinem Computer gelöscht hat, die ihn als treuen Kunden der Site auswiesen, sah er den Preis einer DVD, die ihm kurz vorher für 24,99 Dollar angeboten wurde auf 22,74 Dollar sinken..

Es steht viel auf dem Spiel. Die Firma Procter & Gamble, deren Werbeausgaben weltweit an der Spitze liegen, entschied im September 1999, das Bezahlungssystem für die Werbefirmen, die weltweit Werbung für ihre Waschmittel schalten, radikal zu verändern. Seitdem werden die Werbefirmen beispielsweise nicht mehr mit einem Prozentsatz des Budgets, das sie verwalten, entlohnt, sondern auf Basis der effektiven Verkaufszahlen derjenigen Produkte, für die sie die Werbung produziert haben. Das alte Bezahlungssystem brachte die Werbefirmen dazu, die großen Medien (Presse und TV) zu bevorzugen. Bei diesen Medien sind sowohl die Kosten als auch die entsprechenden Provisionen für die Werbefirmen hoch. Ab sofort zählt Effizienz.

Bleibt allerdings zu bemerken, dass das Internet und die Mobiltelefone auch ihre Schwächen haben. Der "Gratis-Service" wird von seinen treulosen Kunden bedroht. Ein Drittel der Surfer denkt daran, ihre E-Mail-Adresse zu

ändern. Ein weiteres Drittel kündigt ihrem Provider an, zu wechseln. Es scheint ganz so, als ob viele User, ermüdet von vor unnützen Mails überquellenden Briefkästen, ihre Adresse wechseln, um etwas Ruhe zu finden. Die angepriesenen, sagenhaften Erwartungen der Datenbankfirmen werden also durch diese "sanfte Flucht", die im Laufe der Jahre tendenziell ansteigt, gedämpft.

Der Kunde ist sogar reichlich ermüdet und somit wenig treu. Anfang 2000, als die Welt auf einer Welle der Börseneuphorie zu reiten schien, lüftete ein Artikel in "Echos" einen Zipfel des Schleiers: "Banken, Telefonbetreiber und Versicherungen sehen sich einer unglaublichen Wechselwut seitens ihrer Kunden gegenüber, die je nach Angebot von einem Anbieter zum nächsten wechseln." [9] Für Handyverträge, ohne Unterscheidung nach Netzen, bezifferte sie die Kündigungsrate nach Vertragsablauf mit 25 %. "Jeder neue Kunde, den man zwangsläufig gewinnen muss, um diese "Abtrünnigen" zu ersetzen, kostet durchschnittlich 2.000 Francs, hauptsächlich aufgrund der Werbekosten und der Angebote, die nötig sind, um einen neuen anzuziehen.

Die Datenverarbeitung lässt sich auch dazu benutzen, potenziellen Deserteuren auf die Spur zu kommen: "Wir gehen von dem Prinzip aus, das besagt, dass alles, was im Verhalten eines Kunden von der Norm abweicht, durch das Computerprogramm gefunden werden muss, und es muss einen Anruf des Kundenbetreuers nach sich ziehen (..)" erklärte Saskia Van de Ven, Senior Consultant von NCR, einer Firma die sich auf Datenbanken spezialisiert hat, in der Zeitung "Echos". "Ein gut ausgearbeitetes System erlaubt darüber hinaus, die Geschichte je-des Kunden kennen zu lernen und ihm gegebenenfalls Angebote unterbreiten zu können, die auf sein Profil passen: verheiratet oder nicht, statistisch gesehen kurz vor dem nächsten Um-zug, Stellenwechsel ... all die wichtigen Momente im Leben, die einen Bankenwechsel be-gründen könnten." [10]

Die personalisierte Werbung mit "vorherigem Einverständnis"

Auch im Internet verdoppeln unsere Experten ihren Einfallsreichtum. Die grandiosen Ver-sprechen der "klassischen" Werbgungen im Netz sind verpufft. Die User ignorieren massiv die berühmten Banner, welche die kommerziellen Sites verzieren. Anfang 2001 enthüllte eine amerikanische Studie, dass die Klickanzahl (Anzahl der User, die auf ein Werbebanner kli-cken, um sich zu informieren) einbricht. Von 300 Personen von 1000, die 1996 noch klickten, um die Werbung anzusehen, bleiben heute noch knapp 30 übrig ...

Zeit also für das redaktionelle Sponsoring, das "Co-Branding", der Zusammenschluss. Firmen sponsern direkt die Produktion von "redaktionellen" Inhalten. So kommt es, dass vermeintlich "informative" Sites im Hintergrund das Logo einer Firma erscheinen lassen. Unzählige "Part-nerschaften" sehen vor, die Werbeeinnahmen, die durch die Vervielfältigung informativer Rubriken auf verschiedenen Seiten zustande kommen, zu teilen. Das amerikanische Portal Lycos bietet jedem User eine Entlohnung an, wenn er auf seiner Homepage die Werbebanner von Lycos erscheinen lässt.

Für Georges Gallette, Direktor der 48 interaktiven Agenturen des Netzwerkes Euro RSCG, weltweit die viertgrößte Werbegruppe und eine Tochter von Havas Advertising, ist "das Sponsoring eine Marketingform, die sich im Internet entwickelt. Besonders in Europa sind die B-to-B-Sites ("business to business " oder Handel zwischen Firmen) diejenigen, die nach In-halten nachfragen, die spezifisch auf ihre Zielgruppe zugeschnitten sind und bei denen die Grenze zwischen redaktionellen Inhalten und Werbung verwischt ist." [11]

Aber es ist vielmehr die personalisierte Werbung, mit "vorheriger Zustimmung " des Users, die von nun an das Netz in ungeheurem Ausmaße überschwemmen wird. Für Cyril Zimmer-mann, Vorsitzender der Firma Hi Media stellt sich die Situation folgendermaßen dar: "Was eine Firma im Internet mächtig macht, sind die Datenbanken. Durch die 650 Sites, die wir betreiben, haben wir eine extrem genaue Kenntnis über die Surfer, die diese Seiten besuchen. Das erlaubt uns, unseren Inserenten sehr ausgefeilte, zugeschnittene Vorgehensweisen vorzu-schlagen (...). Wir betreiben gleichzeitig traditionelle Werbung, Schirmherrschaften und Di-rektmarketing." [12]

(...)

Eine der mächtigsten auf Onlinewerbung spezialisierten Firmen namens 27/7 Media kündigte letztes Jahr an, mit einem neuen Service, Exactis, auf den Markt zu gehen. Exactis ist ein in-teraktives Marketingtool und erlaubt den massenhaften Versand von kommerziellen E-Mails. Nach Lionel Segard, Leiter von 24/7 in Frankreich, "betreibt Exactis zwei Drittel aller kom-merziellen E-Mails in der Welt und sorgt somit für die Verteilung von über 600 Millionen Mails monatlich. Dies geschieht insbesondere im Auftrag der herausragenden Blätter der an-

gelsächsischen Presse wie der Financial Times, The Economist oder The International Herald Tribune. Momentan besitzt 24/7 die größte E-Mail-Adressdatenbank namens "op-tin", mit mehr als 25 Millionen Adressen, davon 300 000 in Frankreich." [13]

In diesem Zusammenhang ist es auch nicht verwunderlich, dass die im letzten Frühjahr durch das Institut Forrester Research veröffentlichte Studie "Internet AdWatch" prognostiziert, dass die elektronische Werbung das Niveau der Kinowerbung im Jahre 2001 erreichen dürfte, je-nes der Plakatwerbung im Jahre 2002 und jedes der Radiowerbung etwa 2004.

In einem Bericht, der der Europäischen Kommission im Januar 2001 vorgelegt wurde, unterstreicht Serge Gauthronet, Datenschutzbeauftragter, dass diese ungeheure Explosion der E-Mail-Werbung von zahlreichen Verstößen begleitet wird. So nötigen einige der Lotterieseiten, die seit zwei Jahren zu den beliebtesten Sites in Frankreich gehören, den User dazu, eine Menge indiskreter Fragen zu beantworten, bevor er mit seinem Spiel beginnen kann. Darauf-hin werden diese Informationen unter äußerst undurchsichtigen Umständen dem Meistbieten-den ausgeliehen.

Andere zögern nicht, den erlangten Datenreichtum "loyal" mit anderen Erwerbern "wild" zu teilen. So haben mehrere auf die Speicherung und den Erwerb von E-Mailadressen speziali-sierte Firmen im Januar 2001 auf der "Customer-Relation-Messe", die in Paris stattfand, "ki-lowweise Adressen verkauft, von denen niemand so genau weiß, woher sie stammen". [14]

In den Vereinigten Staaten ist beim "Incentive Marketing" die Rede von beträchtlichen Di-mensionen. Seit Ihrer Gründung im Juli 1999 hat die Site "eMode" vier Millionen "Mitglie-der" gewonnen und behauptet, einen Rücklauf von 90% zu verzeichnen. Und das, ohne einen einzigen Cent für Marketing ausgegeben zu haben.

Um die Kosten für die Neukundenakquisition zu reduzieren und die Kunden langfristig zu binden, behandelt eMode die Kunden wie Mitglieder eines "Clubs". Sie müssen Persönlich-keitstests bestehen, diese ihren Freunden geben und dann die Resultate vergleichen. Die somit gewonnenen Informationen werden dann vermarktet. Besonders wird dies mit Partnerfirmen getan, die zu den personalisierten E-Mails der Site beitragen. Für die wichtigsten Kunden be-trägt der monatliche Tarif einige hunderttausend Dollar. Die Site verzeichnet 2,5 Millionen monatliche Besuche und 55 Millionen page impressions. [15]

(...)

Das Eldorado der mobilen Telefone

Seit einem Jahr hat eine neue Anwendung den Mobilfunksektor sprichwörtlich explodieren lassen: SMS (Short Message Service). Diese kurze Nachricht kann weltweit von einem Handy an ein anderes versandt werden.

Fast 15 Milliarden SMS sind im Dezember 2000 versandt worden, und das bei 727 Millionen registrierten Handynutzern auf der ganzen Welt. Die Industrie prognostiziert, dass es bis 2003 1,266 Milliarden Handy-User geben wird. SMS machen bereits heute 20% der Gewinne der Telefonbetreiber aus.

In naher Zukunft wird die Aussicht, den Standort des Nutzer feststellen zu können, die Be-gehrlichkeit der Konzerne schüren. Die Mobiltelefone der dritten Generation machen das möglich. Die Möglichkeit, über sein Handy sogar im Stand-by-Modus geortet zu werden, lädt zur Ausschöpfung ungeheurer kommerzieller Möglichkeiten ein: Reiseinformationen, Ver-kehrsmeldungen, Hotelreservierungen, Ortung von Freunden, Empfang von Sonderangeboten im Umkreis eines Einkaufszentrums ...

Das Risiko ist somit eingeschlossen, buchstäblich von Werbung überschwemmt zu werden, sobald man auch nur in die Nähe eines Einkaufszentrums gelangt. Die dafür notwendigen technologischen Voraussetzung sind zwar noch im Aufbau, aber bereits in einigen Monaten werden in Frankreich die ersten Angebote dieser Art auftauchen.

Und wieder wurden bereits riesige, nach geografischen Gesichtspunkten sortierte ("Geokodierung") Datenbanken erstellt, um diesen neuen Service zu bedienen. Die vor 15 Jahren gegründete amerikanische Firma Tele Atlas hat systematisch in den Aufbau eines Routennetzes im westlichen Europa investiert. Seit der Übernahme ihrer amerikanischen Konkurrenzfirma E-tak verfügt Tele Atlas über vollständige kartografische Datenbanken über die Vereinigten Staaten. Nach der Gründung von Niederlassungen in Frankreich, Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, Schweden, Dänemark, Italien, Spanien, Großbritannien, Indien und Japan, ist Tele Atlas im Frühjahr 2001 eine Partnerschaft mit einer 1998 gegründeten französischen Firma namens Opt(e)way eingegangen. Diese Firma wird Betreibern von Mobiltelefonen und Internetservices die Daten von Tele Atlas anbieten. Die Daten werden diesen ermöglichen, geografische Ortungsdienstleistungen anzubieten, die von allen mobilen Terminals aus genutzt werden können. Die Nutzung dieser Dienstleistungen wird dann kostenpflichtig oder über einen Werbeeintrag gesponsert sein.

>8. Stoppt McDonald's!!

Autoren: die Woronesch-Koalition

Übersetzung: Anette Renz, Karin Ayche. Freiwillige ÜbersetzerInnen cooditrad@attac.org (*)

Seit über zwei Wochen [der Artikel datiert vom April 2002] wird im historischen Zentrum von Woronesch (West-Russland) gegen den Bau einer McDonald's-Filiale demonstriert. Bürger der Stadt nehmen zusammen mit den Vertretern ökologischer, politischer und sozialer Organisationen an diesen Aktionen teil. Das McDonald's soll auf dem Gelände des einzigen Parks der Innenstadt erbaut werden. In diesem Park wurde am 14. März 2002, während des ersten öffentlichen Treffens gegen den McDonald's-Bau das Komitee "Stoppt Mc Donald's" gegründet.

Die Demonstranten verlangen:

- 1) Stoppt den McDonald's-Bau! Dieses Projekt übergeht die Meinung der Bürger und verletzt zahlreiche Bauauflagen.
- 2) Richtet den Park als einen historischen Ort für Woronesch wieder her!

Im Frühjahr 2001 pachtete die McDonalds Corporation unter falschem Firmennamen Grundstücke zur Errichtung von vier Fastfood-Restaurants, eines davon sollte im historischen Zentrum der Stadt erbaut werden. Die Pachtverhandlungen verliefen mit vielen Unterbrechungen, was vom Büro der Staatsanwaltschaft Woronesch bestätigt wurde. Trotz der kommunalen Verordnungen und der Meinung der Bürger erlaubte die Kommunalverwaltung den Bau des Restaurants im Park.

- 3) Das Bauvorhaben wurde 5 Tage lang blockiert, und am 25. März, am sechsten Tag der Baublockierungsaktionen, intervenierten Polizei und Stadtverwaltung und lösten die Blockade auf.

Seit dem 20. März hatten Aktivisten täglich Blockadeposten im Park organisiert und verhindert, dass die Bauarbeiten beginnen konnten: Sie stellten sich der Schaufel des Baggers in den Weg. Der Zaun rund um den Park wurde abgerissen. In der morgendlichen Sitzung rief der Bürgermeister von Woronesch, A. Kovalev, mit rotem und verärgertem Gesicht, das Gebäude werde trotz der Proteste (darunter mehrere Abgeordnete des Regionalparlaments) weitergebaut und er werde gemeinsam mit dem wichtigsten Architekten der Stadt einen feierlichen Spatenstich organisieren.

Anstelle der versprochenen Zeremonie kam ein Polizeiregiment in den Park und drängte die Protestierenden von den Baumaschinen weg. Bürger der Stadt erinnerten die Polizei daran, dass vor zehn Jahren in diesem Park zwei Polizeibeamte von Kriminellen ermordet worden waren und dass McDonald's ihnen kein gutes Denkmal setzen würde.

Zwei Stunden später nahmen Polizisten vier Protestteilnehmer wegen der ‚Teilnahme an einer nichtgenehmigten Versammlung‘ fest. "Wenn das hier eine ‚nichtgenehmigten Versammlung‘ ist... - es haben ungefähr 200 Menschen mit uns zusammen daran teilgenommen, darunter Angestellte der Stadtverwaltung", sagt Svetlana Dorokhova, eine der festgenommenen Aktivistinnen. "Wenn du den Mc Donald's-Bau unterstützt, dann ist deine Teilnahme wohl genehmigt, bist du aber dagegen, verstößt du gegen eine Verordnung der Stadt".

Am nächsten Tag entschied das lokale Gericht, dass drei Aktivisten des Komitees "Stoppt Mc Donald's" nicht schuldig seien.

Es wurden außerdem etwa 20 Künstler aus dem Park geworfen und so des Platzes für den Verkauf ihrer Bilder beraubt und mehr als zehn wunderschöne alte Bäume im Park gefällt. Am 29. März organisierte das Komitee "Stoppt McDonald 's" ein Straßenfest am Park: Musiker aus Woronesch und einigen anderen Städten spielten gratis für den Schutz des Parks.

Am 3. April nahmen Aktivisten an einer Ausstellung von Architekturprojekten teil, auf dem auch das McDonald's-Projekt vorgestellt wurde, und verdarben die Eröffnungsfeier, indem sie sich mit ihren ‚STOP MC DONALDS‘-T-Shirts ständig in der Nähe des Bürgermeisters, des obersten Vertreters der Region und des wichtigsten Architekten der Stadt aufhielten und Einladungen für das Treffen gegen den McDonald's-Bau verteilten. Später wurden sie von der Polizei ‚wegen Tragens unpassender Kleidung‘ aus der Ausstellung entfernt.

Während der Aktionen sammelten Aktivisten mehr als 1000 Unterschriften gegen den Bau des McDonald's. Als wir Briefe mit Solidaritätsaufrufen verteilten, erhielten wir mehr als 50 Unterstützungsschreiben (und die Stadtverwaltung bekam die Protestschreiben) aus Frankreich, Kanada, Belgien, Schweden, Deutschland, Russland und den Vereinigten Staaten. Aktivisten aus Nischnij Nowgorod unterstützten uns mit zwei Streikposten von den McDonald's ihrer Stadt. Das Komitee "Stoppt McDonald's" wird mit seinen Aktivitäten nicht nachlassen, der Kampf geht weiter. Am 9. April findet ein großes öffentliches Treffen am Park statt.

(*) cooditrad@attac.org ist die e-Mail Adresse des internationalen Sekretariats einer Gruppe von 700 freiwilligen ÜbersetzerInnen aus aller Welt. Auch Sie können mitmachen und Ihre Sprachkenntnisse mit uns teilen. Kontaktieren Sie uns einfach und geben Sie Ihre Muttersprache(n) sowie die Sprachen aus denen Sie übersetzen können an. Die Arbeit beruht auf Freiwilligkeit und verpflichtet Sie nicht dazu auf alle Anfragen zu antworten. Sie arbeiten nach Ihrem Rhythmus und entsprechend Ihren Interessen.